



Haushalt I

S. 4-5

Nach heftigen Auseinandersetzungen und Geschäftsordnungsdebatten hat der Landtag in dritter Lesung den Haushalt für das laufende Jahr verabschiedet. Schwarz-Gelb hat mit dem Umsteuern begonnen.

Haushalt II

S. 7-12

Redemarathon zur 2. Lesung. Zwei Tage lang setzten sich die Abgeordneten mit dem Zahlenwerk der seit einem Jahr amtierenden Regierungskoalition auseinander. Änderungsanträge der Opposition fielen durch.

Kulturhauptstadt

S. 14

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat die Entscheidung der EU-Kommission für Essen und das Ruhrgebiet in seiner Unterrichtung des Landtags als wichtig fürs ganze Land bezeichnet und Unterstützung angekündigt.

Leerstände

S. 19

Kleiner werdende Gemeinden, schrumpfende Einnahmen aus der Kirchensteuer: Manches Kirchengebäude wird nicht mehr gebraucht. Wie sieht eine neue Nutzung aus – darum ging es in der Hauptausschussanhörung.

Europäische Kulturhauptstadt 2010 – diesen Titel hat Essen fürs ganze Revier gewonnen. Und darauf sind die Menschen zwischen Duisburg und Hamm mächtig stolz. Eine neue Ära – vorbei die Zeiten von Kirchturmdenken und Konkurrenz. Alle ziehen jetzt, wenn es ums Ganze geht, an einem Strang. Der Einsatz vieler für ein lebenswertes und grünes Revier mit Zukunft ist belohnt worden. Nun hat man vier Jahre Zeit Europa zu zeigen, wie kultureller Wandel eine alte Industrielandschaft – auf dem Bild die Halde der Zeche Rheinelbe in Gelsenkirchen – verzaubern kann (Seiten 14 bis 18).

Foto: Schälte

Zukunft durch Wandel Das Revier erfindet sich neu

Die Landtagself gegen Thomas Allofs & Co

Die Fußball-Weltmeisterschaft steht unmittelbar bevor. Das lässt auch den Landtag nicht kalt. Am 31. Mai geht der Parlamentarische Abend zur Weltmeisterschaft über die Bühne. Und was machen die Amateurfußballer des FC Landtag? Sie haben sich schon einmal warmgelaufen und bevor die Welt zu Gast bei Freunden ist, gegen Altinternationale aus NRW gekickt. Ergebnis? Nicht so wichtig – entscheidend, dass der Erlös aus der packenden Begegnung am Flinger Broich in Düsseldorf an die Fußball-Jugendarbeit geht (Seite 28).



Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
„Wettbewerb der guten Ideen“	3
<i>Landtag streitet über Kombilohn für Nordrhein-Westfalen</i>	
Koalitionsmehrheit für Landesetat	4-5
<i>Abgeordnete ziehen Bilanz nach einem Jahr schwarz-gelber Regierungszeit</i>	
Kein Rückenwind aus Düsseldorf	6
<i>Koalition lehnt Antrag zu Berliner Gesetzesvorhaben ab</i>	
Sparen und Umsteuern	7-12
<i>Erster Haushalt der neuen Landesregierung im Kreuzfeuer der Opposition</i>	
Nachdenken über Europa	13
<i>Impulse von deutscher Ratspräsidentschaft in Verfassungsfrage erwartet</i>	
Kultur als Motor des Wandels	14
<i>Fraktionen gratulieren Essen zur Nominierung durch EU-Kommission</i>	
„Töffte und Trallafitti“	15
<i>Parlamentarischer Abend Ruhrgebiet: Informativ und unterhaltsam</i>	
Das Revier – eine Region im Wandel	16-17
<i>Interviews mit Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet</i>	
Raus aus dem Tal der Tränen	18
<i>Das Ruhrgebiet besinnt sich auf seine Stärken</i>	
Gotteshäuser schließen ihre Pforten	19
<i>Für aufgegebenen Kirchen wird eine vertretbare neue Nutzung gesucht</i>	
Streit um die Zukunft der Polizei	20
<i>Lebhafte Sitzung über Regierungspläne zur Strukturreform</i>	
Ungeliebtes Spitzenamt	21
<i>Kommunale Mitsprache in Schulfragen als Thema einer Anhörung</i>	
Freie Theater nicht frei von Existenznöten	22
<i>Abgeordnete beraten mit Betroffenen über neue Wege in der Förderung</i>	
Vorfahrt für die Straße	23
<i>Trotz Kritik: Experten begrüßen Verkehrskonzept grundsätzlich</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	24
Gedenken an einen Freund	25
<i>Landtagspräsidentin würdigt Leben und Wirken von Paul Spiegel</i>	
Aus den Fraktionen	26
Porträt der Woche: Marc Jan Eumann (SPD)	27
Zu Gast bei fernen Freunden	27
Impressum	27
Geburtstage und Personalien	28



Der dornige Weg zu einem neuen Image

Au, das war ein Bauchklatscher! Man weiß nicht, wie bedröppelt der Oberbürgermeister der Stadt Essen dreingeschaut hat, als ihn das Echo auf seine Schelte des zeitgenössischen Revier-Humors erreichte. Die Comedians, so hatte der OB öffentlich geseufzt, präsentierten veraltete Bilder vom Revier. Das brauche schließlich keinen Vergleich mit Metropolen wie Paris oder London zu scheuen.

Der Trappel und der Stunk, den das gab, erschütterte die Szene zwischen Emscher und Ruhr. Leute wie Dr. Stratmann rieben sich die Klüsen und wurden kiebig. Sollten Kumpel Anton, Taubenvatta Jupp oder (Gott hab ihn selig) Adolf Tegtmeier samt ihrer Verdienste ums deutsche, ja weltweite Ansehen des Ruhrgebiets beerdigt werden? Und der schmutzige Tatort-Kommissar Schimmi im Filmarchiv verschwinden?

ANDERE BILDER

Metropolregion oder Pott – ist das hier die Frage? Kann man sich in vier Jahren als Europas Kulturhauptstadt nur dann präsentieren, wenn man seine Vergangenheit „bewältigt“ hat? Mit dem Bewältigen ist das so eine Sache. Und ein Image kann man sich nicht backen. Das hat man weg, „ääährlich“ und einerseits.

Andererseits: Mit einem Image, das nicht mehr passt, muss sich niemand abfinden. Das kann verändert werden, Schritt für Schritt und nicht von heute auf morgen. Strukturwandel, dichteste Kultur- und Hochschullandschaft, das Grün der Revierparks und der ehemaligen Halden, die still gelegten Eisenbahntrassen, die Stätten der Kunst, in denen früher die Industriearbeiter malochten – das ist heute der Alltag.

Diese neuen Bilder müssen sich setzen, vor allem draußen. Die Gelegenheit ist günstig, denn die alten Klischees vom Ruß, von rauchenden Schloten und ärmlich hausenden Menschen verblassen kräftig, weil sie mit der Realität nichts mehr zu tun haben. Alles Mumpitz von vorgestern.

Von der kraftvollen Gegenwart gab der Regionalabend Ruhrgebiet im Landtag einen guten Eindruck. Die Menschen an der Ruhr haben, bei allen liebevoll gepflegten örtlichen Animositäten, ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt. Das macht stark und gibt Selbstvertrauen. Die Ernennung zur Kulturhauptstadt hat dem ganzen noch einmal einen ordentlichen Schub verliehen. Dem Ruhrbewusstsein werden sich eines Tages auch die Verwaltungsgrenzen anpassen. Vielleicht belächelt man draußen die Leute im Pott und bemitleidet sie auch ein wenig. Aber man sollte sie nicht unterschätzen. Und Mitleid haben sie noch nie gemocht. JK

„Wettbewerb der guten Ideen“

Landtag streitet über Kombilohn für Nordrhein-Westfalen

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschäftigte sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem „Kombilohn NRW“. Als Kombilohn bezeichnet man eine Erwerbstätigkeit, die an einen Zuschuss vom Staat gekoppelt ist. Durch diesen Zuschuss sollen bisher auf dem Markt nicht besetzte Tätigkeiten und Personengruppen, die zur Zeit kaum Chancen auf eine Arbeitsstelle haben, gefördert werden.

Rudolf Henke (CDU) bewertete den Kombilohn als „ideenreiche Hilfe für Arbeitslose“. Zu Beginn der siebziger Jahre sei es der große Irrtum der Politik gewesen zu glauben, man könne die Arbeitslosigkeit mit staatlichen Beschäftigungsprogrammen bekämpfen: „Heute wissen wir alle, dass das nicht stimmt. Arbeitsplätze entstehen, wenn Menschen sich entschließen, sie durch Investitionen zu schaffen.“ Aber es gebe Menschen, denen auch der stärkste denkbare wirtschaftliche Aufschwung zunächst nicht helfe: Langzeitarbeitslosen, Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, mit einem höheren Lebensalter oder einer Behinderung. Für diese Gruppen sei der Kombilohn NRW. „Es soll auch keiner sagen, es wäre verboten, vielleicht noch eine bessere Idee zu haben als den Kombilohn NRW. Nur eines geht nicht: Den Wettbewerb der guten Ideen zu blockieren und aus Eifersucht und Eifersucht Wege zu verstellen, die eine Chance versprechen.“ Genau dies tue SPD-Bundesarbeitsminister Müntefering. Der hatte angekündigt, er werde das Modell Kombilohn NRW stoppen.

Rainer Schmeltzer (SPD) bezeichnete das Modell als „Party, von Laumann bestellt, von anderen bezahlt“. Denn tatsächlich bezahlten die anderen – in diesem Fall der Bund und die Bundesagentur für Arbeit. Deshalb sei es richtig, „wenn Franz Müntefering da korrigierend eingreift“. Die bisherigen Modellversuche mit Kombilohnmodellen seien eher enttäuschend gewesen, insbesondere wegen der Mitnahmeeffekte. „Wir alle wissen, dass findige Unternehmer beim Rechnen ihrer Kosten schnell dabei sind, solche Effekte für sich zu nutzen und bestehende oder auch sonst neu zu erstellende Arbeitsplätze dadurch gefährdet sein können“, sagte der Sprecher. „Wir müssen erstmal das Entsendegesetz überall da anwenden, wo es nur geht. Worüber reden wir denn beim Kombilohn? Wir reden darüber, dass ein Arbeitssuchender einen Arbeitsplatz bekommt und ein Dritter zu seiner Bezahlung Geld bezuschusst. Das gibt es schon: Zum Beispiel Minijob, Aufstocker ALG II, Zuschüsse im Bereich SGB III, die viel zu wenig genutzt werden.“ Schmeltzers Fazit: Eine bundeseinheitliche Lösung statt Stückelwerk.

Barbara Steffens (GRÜNE) verurteilte die bisherige Diskussion: „Wir haben extrem hohe Langzeit-Arbeitslosenzahlen. Diese Menschen erwarten keinen Streit über Kompetenzen oder was welche Koalition auf welcher Ebene beschlossen hat. Sie erwarten konkrete Lösungen.“ Einkommenszuschüsse als Einstiegsgeld seien nichts Neues. „Neu ist, dass man jetzt mit der Bundesanstalt Gespräche führt, dass das Geld auch eingesetzt wird.“ Allerdings hielt Steffens den Kombilohn für den „absolut falschen Weg“. Die Abgeordnete wörtlich: „Wer Kombilohn will, muss über Mindestlohn reden, muss über dauerhafte Lösungen reden.“

Dr. Stefan Romberg (FDP) sprach sich für das Kombilohn-Modell von Arbeitsminister Laumann aus. „Die Sozis sitzen im Sandkasten und streiten mit Herrn Laumann über Förmchen“, kritisierte er. Zwar sehe er das Risiko der Verdrängung bestehender Arbeitsplätze, aber das NRW-Modell werde so gestrickt, dass das nicht der Fall sei. „Dadurch können wir Mitnahme- und Verdrängungseffekte ausschließen“, betonte der Abgeordnete. Zwar sei nicht alles im Vorfeld planbar. Aber der Versuch lohne sich allemal.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) stellte fest: „Wir haben eine verzweifelte Lage am Arbeitsmarkt. Viele Ich-AGs ermöglichen den Menschen kein Einkommen, von denen sie leben können.“ Er fragte weiter: „Wo gehen die Leute hin, die vom Arbeitsamt weggehen?“ Ein Drittel nur gehe in Arbeit, ein weiteres Drittel lande bei Hartz und das letzte Drittel sei erwerbslos, bekomme aber nichts, weil der Partner Geld verdiene. Bei seinem Kombilohn-Modell habe er besonders Jugendliche ohne Schulabschluss vor Augen. Ein behindertes Kind könne in die Behindertenwerkstatt gehen. Gering Qualifizierte, zum Beispiel ohne Hauptschulabschluss, hätten keine Möglichkeit, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. „Psychisch Kranke und Lernschwache gehören weder in eine Behindertenwerkstatt, noch in den ersten Arbeitsmarkt, sondern brauchen etwas dazwischen.“ Seinem Berliner Amtskollegen Müntefering kündigte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister an, man werde den Streit notfalls vor Gericht ausfechten. „Er kann es uns gar nicht verbieten“, widersprach er ihm. Man könne nicht alle regionalen Probleme von Berlin aus lösen: „Müntefering will Zentralismus!“



Rudolf Henke (l.) im Gespräch mit Rainer Schmeltzer (r.)

Foto: Schälte

Fotos: Schälte

Koalitionsmehrheit für Landesetat

Abgeordnete ziehen Bilanz nach einem Jahr schwarz-gelber Regierungszeit

Die Landespolitiker haben den Haushaltsplan 2006 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die beiden Oppositionsfraktionen verabschiedet. Zuvor wurde leidenschaftlich gestritten. So beantragten SPD und GRÜNE zu Beginn, die 3. Lesung zu vertagen. Man habe berechtigte Fragen zu wesentlichen Änderungen des Haushalts nicht klären können und deshalb eine Anhörung zu den Auswirkungen der Ergänzungsvorlage des Finanzministers beantragt. CDU und FDP lehnten eine Vertagung ab, da es einen ordnungsgemäßen Beschluss des Haushaltsausschusses gebe. Die folgende Etatdebatte war zugleich eine politische Auseinandersetzung über das erste Jahr der neuen Landesregierung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU).

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, resümierte: „Sie haben Ihre Bilanz gestern gezogen. Für Sie war es ein Bilderbuchstart. Für mich klang Ihre Bilanz eher wie ein Märchenbuch. Aber es gilt: Das Erreichte zählt – nicht das Erzählte reicht.“ Das erste Regierungsjahr sei ein verlorenes Jahr für NRW gewesen. „482.000 Unterschriften haben die beiden Volksinitiativen bis Ende letzter Woche gesammelt. Von 482.000 Menschen, die ihre unsoziale Sparpolitik per Unterschrift ablehnen. Zur Erinnerung: Bei der letzten Landtagswahl hat die FDP 508.000 Stimmen bekommen“, betonte Kraft. Selbst die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU sowie Caritas-Direktoren lehnten die Einsparungen ab. Dies sei kein Wunder, denn Verlierer seien Kinder, Jugend und Familie. „Sie kürzen drastisch bei den Kindergärten. Sie kürzen bei der Familienberatung. Aber an anderer Stelle legen sie mehr drauf – Beispiel Landwirtschaftskammer.“ Die zu erwartenden Steuermehreinnahmen würden wohl im Sparstrumpf landen. „Damit könnten ihre unsozialen Kürzungen zurückgenommen und für die Zukunft des Landes entscheidende familienpolitische Weichenstellungen vorgenommen werden“, so die Fraktionsvorsitzende. „Es kann nicht sein, das Sie 20 Millionen aus dem Landesjugendplan zur Landwirtschaftskammer verschieben und dafür das Vertrauen der Jugend in die Politik opfern.“ Krafts Fazit: „Wir sagen ‚Nein‘ zu Ihrem unsozialen Haushalt. Wir sagen ‚Nein‘ zu Ihrem Umverteilungskurs, bei dem die Kleinsten die größten Verlierer sind. Wir sagen ‚Nein‘ zu einer Politik ohne Herz und Verstand.“

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, konterte: „Um schmerzhaften Entscheidungen auszuweichen, haben Sie jedes Jahr die Steuereinnahmen zu hoch veranschlagt. Die Löcher haben Sie dann mit Hilfe des Kapitalmarktes gefüllt. Den müssen wir heute bedienen, allein für diese Ihre Haushaltslügen mit etwa einer halben Milliarde Euro pro Jahr. Das sind Ihre Schulden, Probleme, die Sie uns hinterlassen haben.“ Allerdings differenzierte er zwischen Rot und Grün: „Die Finanzanalyse, welche die grüne Fraktion vor etwa zwei Wochen vorgelegt hat, hat zwar

lichen Hände. Zweitens die Arbeitslücke. Vor wenigen Tagen habe das Statistische Bundesamt berichtet, dass nur noch 39 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Einkommen aus Arbeit beziehen würden; das bedeute, dass fast 60 Prozent der Menschen in Deutschland von der Leistung dieser Menschen lebten. Drittens müssten die Sozialversicherungen zukunftsfest gemacht werden. Viertens seien Bildung und gute Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung Zukunftsvorsorge. Und schließlich müsse ein Modell des friedlichen Zusammenlebens von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund gefunden werden. Sein Resümee nach dem ersten Regierungsjahr: Man schaffe mit weniger Schulden mehr Bildung.



manche Macke. Aber sie nimmt Maß an den gewaltigen Haushaltsproblemen, die Rot-Grün uns hinterlassen hat, mit denen wir jetzt fertig werden müssen und fertig werden. Diesen Erkenntnis- und Mentalitätswandel weigert sich die SPD-Fraktion endlich nachzuvollziehen.“ Fünf große Probleme habe das Land zu lösen. Erstens die gewaltige Verschuldung aller öffent-

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bezeichnete den Haushaltsentwurf als unseriös, ungerecht und zukunftsfeindlich. Die Landesregierung zerstöre das Fundament der Zivilgesellschaft, indem sie da massiv kürze,

Eckdaten

	2006 (in Milliarden Euro)	2005 (in Milliarden Euro)
Gesamtausgaben	48,5	50,5
Erwartete Steuereinnahmen	35,2	34,7
Kredite (netto)	5,7	6,7
Zinsausgaben	4,7	4,5
Investitionen (netto)	3,3	6,0
Personalausgaben	18,8	20,2

wo sich Menschen für Menschen engagierten. Man kürze bei den Studentenwerken, aber bei der Landwirtschaftskammer lege man ordentlich drauf. Man kürze beim Öffentlichen Nahverkehr, aber beim Straßenneubau lege man drauf. Krankenhäuser würden in die Insolvenz gekürzt. Konsolidierung sei das nicht. „Für Sie sind 300 oder gar 500 Millionen Euro mehr oder weniger im Landeshaushalt eine unwesentliche Änderung. Erklären Sie das doch bitte mal den Flüchtlingsinitiativen, denen Sie gerade wegen 150.000 Euro ihre Arbeitsgrundlage entziehen.“ NRW sei das einzige Bundesland mit einem Integrationsminister. Aber es sei auch das einzige Bundesland ohne Umwelt-, Naturschutz- und Verbraucherschutzminister. Diese Titel habe Minister Uhlenberg verwirkt. Löhrmann kritisierte auch die Schulpolitik: „Ihre Politik mit dem angeblich modernsten Schulgesetz in Deutschland, das ist Wilhelminismus, das ist nicht mal letztes, sondern vorletztes Jahrhundert.“ Bei Amtsantritt habe Rüttgers NRW „den Klinsmann“ versprochen: Erneuerung, Mut, Optimismus für das Land. In Wahrheit entpuppe er sich als „Ribbeck“: Veraltete Konzepte, mutlose Kabinettsaufstellung, beratungsresistent. Bei seinem

„Bilderbuchstart“ könne es sich nur um „Max und Moritz“ von Wilhelm Busch gehandelt haben: „Weil Sie den Bürgerinnen und Bürgern viele böse Streiche spielen und der nächste kommt so gleich.“



Ministerpräsident
Jürgen Rüttgers (CDU)

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, sprach von einem „guten Haushalt“. Der Spagat zwischen der notwendigen Konsolidierung auf der einen Seite und der Bildung neuer politischer Schwerpunkte auf der anderen Seite sei gut gelungen. Von Seiten der SPD habe er konstruktive Vorschläge vermisst: „Ich bin

heute wieder mal enttäuscht worden. Die Sozialdemokraten, die dieser Landesregierung Wahlbetrug vorwerfen, haben selbst in NRW plakatiert: ‚Merkel-Steuer – das wird teuer! Mehrwertsteuererhöhung, mit uns niemals!‘ Herausgekommen ist eine Erhöhung um drei Prozentpunkte.“ Die SPD, die immer vorgebe, das soziale Gewissen zu sein, habe die kleinen Leute nach Strich und Faden belogen, so Papke. Die Koalition in NRW habe dagegen trotz der von Rot-Grün zerrütteten Landesfinanzen klare Schwerpunkte für Bildung und Innovation, für Familien, Kinder und Jugendliche gesetzt. „In NRW geht es gut voran. Aber unser Reformexpress wird leider durch die Stillstandskoalition in Berlin erkennbar behindert. Wir hatten uns von der neuen Bundesregierung Rückenwind erhofft, stattdessen haben wir massiven Gegenwind bekommen. Steuererhöhung statt Steuersenkung. Ein Gesundheitssoli statt Gesundheitsreform. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes: Fehlanzeige.“ Und jetzt käme auch noch – wiederbelebt aus dem Schattenreich – das Antidiskriminierungsgesetz. „Wir

haben hier in NRW klar vereinbart, mit uns werden EU-Vorgaben nur noch 1:1 umgesetzt. Eine solche Vereinbarung steht übrigens auch im Berliner Koalitionsvertrag. Der Unterschied ist nur: Wir in NRW halten uns daran.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) stellte fest: „Die Opposition hat ein Zerrbild gezeichnet, das nichts mit der Wahrheit zu tun hat.“ Er behaupte nicht, dass alles im ersten Regierungsjahr optimal gelaufen sei. „NRW ist eine Großbaustelle.“ Aber der Wirtschaft gehe es besser, die Unternehmensinsolvenzen seien um zehn Prozent zurückgegangen. Die Schulen hätten neue Lehrer bekommen und mehr als eine Viertelmilliarde Euro werde für Kinder und Jugendliche investiert. „Die Haushaltsdebatte hat natürlich etwas mit dem Handlungsspielraum zu tun, den die Regierung hat und der ist nicht so groß, wie wir ihn gerne hätten. Aufgrund der ungeheuren Schulden Situation müssen wir täglich 13 Millionen Euro Zinsen zahlen.“ Er mahnte zur Vorsicht, wenn die Opposition nun nach erst einem Jahr Regierungsverantwortung CDU und FDP die Schuldenlast vorwerfe: „Entweder Sie leiden an Wirklichkeitsverdrängung oder Sie reden wider besseres Wissen“, sagte Rüttgers zur Opposition. „Luftschlösser aufbauen kostet nichts, aber Luftschlösser abreißen ist eine teure Angelegenheit.“ Richtig sei es, den Weg der dauernden Nettoneuverschuldung jetzt zu verlassen: „Wir wollen einen verfassungskonformen Haushalt bis 2010, das ist eine Riesenaufgabe.“ Aber alles andere sei unmoralisch der nächsten Generation gegenüber. „Sie stehen für höhere Schulden, wir stehen für weniger Schulden. Sie stehen für mehr Subventionen, wir für mehr Innovationen“, schloss der Ministerpräsident. ■

Einzeletats

	2006 (in Milliarden Euro)	2005 (in Milliarden Euro)
Landtag	0,095	0,089
Ministerpräsident	0,251	0,212
Innen	4,086	4,263
Justiz	3,164	3,139
Schule und Weiterbildung	12,580	12,263
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5,129	5,155
Wirtschaft, Mittelstand und Energie	1,033	0,963
Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0,907	0,936
Arbeit, Gesundheit und Soziales	2,801	2,695
Finanzen	1,760	2,368
Landesrechnungshof	0,036	0,037
Bauen und Verkehr	3,144	3,162
Generationen, Familie, Frauen und Integration	1,293	1,400
Allgemeine Finanzverwaltung	12,150	14,040

Kein Rückenwind aus Düsseldorf

Koalition lehnt Antrag zu Berliner Gesetzesvorhaben ab

Niemand will, dass in NRW Menschen diskriminiert werden. Aber was von diesem grundgesetzlichen Anspruch kann man in ein Gesetz gießen? Wie sieht es insbesondere mit Religion, sexueller Identität oder Alter aus? Die über EU-Vorschriften hinausgehende Regelung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) der Bundesregierung stießen bei SPD und Grünen auf eindeutige Zustimmung. CDU und FDP zeigten sich gegenüber dem Gesetzentwurf der Berliner Großen Koalition mehr als reserviert und lehnten darum den unterstützenden Eilantrag der SPD (14/1924) ab.

Ingrid Hack (SPD) fand es „an der Zeit, diese Grundsätze in unserer Rechtsordnung so festzuschreiben, dass gesellschaftliche Realitäten einbezogen werden“. Beim Schutz vor Diskriminierung wegen Alter, sexueller Identität und Behinderung gehe es nicht darum, „die Rechte mancher zu beschneiden, sondern allen die Wahrnehmung von Rechten zu ermöglichen“. Die Abgeordnete weiter: „Einige befürchten nun überbordende Bürokratie, einige sehen Gerichte von krudesten Klagen überlaufen.“ Das werde, so Hack, genauso wenig eintreffen, wie Nachteile für Wirtschaft und Arbeitgeber: „Sachliche Gründe, zum Beispiel bei der Einstellung, werden vom Gesetz nicht ausgehebelt.“ Und die Gleichstellung Behinderter sei in NRW bereits Gesetzeslage. Dass man die Erfahrung älterer Menschen besser nutze, werde überall gefordert. „Aber das AGG soll für sie nicht gelten.“

Peter Biesenbach (CDU) betonte: „Wir wollen gerne mithelfen, bestehende Benachteiligungen abzubauen.“ Allerdings habe sich die Koalition darauf geeinigt, Richtlinien 1:1 umzusetzen. „Sie haben die Überbordungen nicht angespro-

chen“, sagte er und wies auf drei Punkte hin. Wenn Betriebsräte und Gewerkschaften gegen den Willen von Mitarbeitern ein eigenes Klage-recht bekommen, gehe es nicht um Benachteiligung. Viel zu weit gehe der Anwendungsbereich im allgemeinen Zivilrecht; dabei befürchtete Biesenbach, dass beispielsweise Scientologen sich künftig in Aufträge einklagen könnten. Und drittens warnte der Christdemokrat vor einem Wust von Verfahren bei der für alle Merkmale zuständigen Antidiskriminierungsstelle.

Monika Düker (GRÜNE) begrüßte Gesetz und Antrag als nachhaltige Folge rot-grüner Politik. Es gehe hier um die längst überfällige Umsetzung von vier EU-Richtlinien. Um ein umfassendes Benachteiligungsverbot auch im Zivilrecht bei „Massengeschäften des täglichen Lebens“. Wie könne es angehen, dass Gaststättenbesitzer beispielsweise Rollstuhlfahrer einfach abweisen können. Dass in diesem Fall zwar Ausländer vor Diskriminierung geschützt seien, nicht aber Schwule und Lesben, hält sie für „absolut nicht begründbar“. Düker: „Es geht um mehr Freiheit. Alle müssen gleiche Chancen haben beim Zugang

zu Beschäftigung, Gütern, Dienstleistungen. Das „Horror szenario Klagenflut“, sagte sie mit Blick auf die Erfahrungen bei der Geschlechterregelung im Arbeitsrecht anno 1980.

Dr. Stefan Romberg (FDP) nahm eine Argumentation aus dem SPD-Antrag auf: Auch ein Staat könne Toleranz nicht verordnen. „Das ist richtig. Deshalb können Sie sich den Antrag auch sparen.“ Das Gesetz sei selbst in der Koalition umstritten, zitierte er den rechtspolitischen Sprecher der CDU sowie Ex-Innenminister Otto Schily und Wolfgang Clement (SPD). Es helfe keinem Behinderten oder Schwulen, „wenn er jetzt zwangsweise irgendwo behandelt wird“, so Romberg weiter. Auf der anderen Seite sah er schon Rechtsradikale ihr Recht einklagen, sich im Hinterzimmer einer Kneipe zu treffen. Sah Unternehmer sich vor Gericht verteidigen, weil bei der Einstellung eines Mitarbeiters „emotionale Schwüngen“ den Ausschlag gaben.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter bekannte sich für die Landesregierung ausdrücklich dazu, dass „Diskriminierungen in einer aufgeklärten Gesellschaft keinen Platz haben dürfen“. Ihr Begriff von Freiheit beinhalte aber auch: „Jeder staatliche Eingriff in die Freiheit des Einzelnen bedarf der Rechtfertigung.“ Die fehle in dem Gesetzentwurf der Großen Koalition. Der sei vielmehr „von einem Regelungsfuror getragen, der zusätzliche bürokratische und finanzielle Belastungen für die Wirtschaft mit sich bringt und der für den Privaten eine Rechtsunsicherheit beinhaltet“. Toleranz müsse gelebt werden, „sie kann nicht durch Überregulierung und Bürokratie herbeigeführt werden“, meinte die Justizministerin und forderte ebenfalls die Beschränkung auf eine 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinien. ■



Mehr Geld für die Jugend ...

... verlangt die zweite Volksinitiative in dieser Sache, die Anfang Mai im Landtag Ordner mit unterstützenden Unterschriften an Landtagspräsidentin Regina van Dinter (L) übergeben hat. Die Präsidentin nahm die Unterlagen der „Volksinitiative NRW 2006 – gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien“ Anfang Mai aus den Händen der Vertrauenspersonen Gerhard Stranz (Waldorfkindergärten) und Dieter Gresse (Kinderschutzbund) entgegen. Einen Monat zuvor hatte bereits eine erste Volksinitiative – wir berichteten – ebenfalls über 100.000 Unterschriften beigebracht. Inzwischen hat sich auch das Plenum mit den Anliegen der beiden Initiativen befasst.

Foto: Schälte

Sparen und Umsteuern

Erster Haushalt der neuen Landesregierung im Kreuzfeuer der Opposition

„Wir werden überall sparen müssen, und jeder wird es spüren“ – mit diesen Worten nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen hat Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) Parlament und Öffentlichkeit auf den ersten Haushalt seiner neuen Regierung eingestimmt. In der zweitägigen zweiten Lesung Anfang Mai sahen Sprecherinnen und Sprecher der Koalition in dem Zahlenwerk den Beweis, wie auch mit weniger Geld das angekündigte Umsteuern in der Landespolitik bewerkstelligt werden kann. Wenn nicht mehr möglich sei, dann liege das an der „Erblast“, die Rot-Grün hinterlassen habe. Ganz anderer Meinung die Opposition. SPD und Grüne, die zahlreiche Änderungsanträge vorgelegt hatten, die aber abgelehnt wurden, gaben Kontra. Sie sahen viele Wahlversprechen nicht erfüllt und urteilten, der Etat sei „unsozial, kinderfeindlich und verfassungswidrig“.

Gisela Walsken (SPD) nannte den Haushalt „kinderfeindlich, unsozial und nicht zuletzt verfassungswidrig“. Während Landwirtschaftskammern, Reiterstaffeln und der Flughafen Münster/Osnabrück von dieser Finanzpolitik

gen Kaufmanns“: Staatseinnahmen würden eher zu niedrig als zu hoch prognostiziert. Man habe sich bewusst von der „Verschuldungspolitik“ der alten Regierung verabschiedet, bei der „imaginäre Privatisierungserlöse und Steuermehreinnahmen“ in die Verteilmasse eingerechnet wur-

Norbert Post (CDU) widersprach seinem Vordränger: Trotz der schlechten, von der Vorgängerregierung zu verantwortenden Finanzlage des Landes sei der Haushalt Arbeit, Soziales und Gesundheit „fast ungeschoren davongekommen“. Post: „Aber wir wissen auch, dass nicht-nachhaltige Haushaltspolitik eine saumäßige Sozialpolitik ist.“ Dort wo es Kürzungen geben wird, seien diese zwar unerfreulich, aber haushaltspolitisch unumgänglich.



Fotos: Schälte

Gisela Walsken (SPD)

Volkmar Klein (CDU)

Rüdiger Sagel (GRÜNE)

Angela Freimuth (FDP)

Finanzminister
Dr. Helmut Linssen (CDU)

profitierten, seien Kinder und Jugendliche die „größten Verlierer“. Der Gegenentwurf der SPD mache hingegen deutlich, dass ein solide finanzierter und sozial ausgerichteter Haushalt keinen Widerspruch darstellen müsse.

Volkmar Klein (CDU) konterte: „Wenn 316 Millionen Euro mehr für Schulen ausgegeben werden, dann ist das ein Ausweis für Kinderfreundlichkeit.“ Der „allerwichtigste Aspekt der Kinderfreundlichkeit“ sei jedoch die Generationengerechtigkeit. Deshalb werde man daran festhalten, eventuelle Steuermehreinnahmen vollständig in die Reduzierung von Neuverschuldung fließen zu lassen. Das sei seriöse Finanzpolitik.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) fand, Schwarz-Gelb habe „bei dieser ersten harten Bewährungsprobe vollständig versagt“. Die Änderungen der Koalitionsfraktionen am Entwurf des Finanzministers seien „reine Makulatur“ und dienten dazu, „die Volkseele zu besänftigen“. Statt eine sozial gerechte und den Haushalt konsolidierende Politik zu betreiben, stiegen CDU und FDP mit fast sechs Millionen Euro Neuverschuldung auf den „Kahlen Asten der Verschuldung“.

Angela Freimuth (FDP) verteidigte den von Gelb-Schwarz verfolgten Ansatz des „vorsichti-

den. Haushaltskonsolidierung und Senkung der Verschuldung hätten oberste Priorität.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) betonte ebenfalls, dass an dem „Kurs der Konsolidierung des Haushalts im Interesse unserer Kinder und Kindeskiner kein Weg vorbeigeht“. Dabei sei er sich darüber im Klaren, dass man mit solch einer Sparpolitik „nicht den großen Glanz verbreiten“ könne. Fakt sei jedoch: „Wir können nicht mehr alles bezahlen, was wünschenswert ist. Auf Dauer kann man nicht auf Pump leben.“ Luftbuchungen werde es künftig nicht mehr geben.

ARBEIT UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG, SOZIALES

Rainer Schmeltzer (SPD) beklagte eine zunehmende Verschlechterung der Arbeitssituation. Die Leidtragenden seien vor allem Jugendliche und Langzeitarbeitslose. Der Wahlkampfeslogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ sei eine Worthülse geblieben und das Werkstattjahr habe sich zu einem „Rohrkrepierer“ entwickelt. Statt hier gegenzusteuern, fahre der Minister die Landesmittel für Arbeitsmarktpolitik weiter „um mehr als 22 Prozent“ zurück.

Barbara Steffens (GRÜNE) vermisste „eine Portion Selbstkritik“ bei der CDU. Schließlich sei die Haushaltslage des Landes „nicht vom Himmel gefallen“. Trotzdem habe die Koalition immer wieder vollmundig verkündet, was sie alles anders und mehr finanzieren wolle, als das die rot-grüne Regierung getan habe. „Sie haben den Menschen viel versprochen, Ihre Versprechen aber gebrochen.“ Der vorgelegte Einzelplanentwurf sei „mehr als ein sozialpolitisches Desaster“.

Dr. Stefan Romberg (FDP) wehrte sich gegen den Vorwurf, FDP und CDU steuerten NRW in eine unsoziale Zukunft. Vielmehr verfolge die Koalition andere Prioritäten, um vorhandene Mittel effizienter einsetzen zu können. So habe man sich beispielsweise dafür entschieden, zwei Millionen Euro, die im Nachtrag von den Koalitionsfraktionen aus der Arbeitsmarktpolitik umgeschichtet worden sind, in den Bereich Kinder fließen zu lassen, da sie dort dringender benötigt werden.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) nannte den Haushaltsentwurf „die finanzpolitische Grundlage für eine integrierte Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik in NRW“. Trotz einer Einsparungssumme von insgesamt 147 Millionen Euro stehe er „kaum in der Kritik“. Möglich sei dies durch einen zielgerichteten, gleichzeitig aber auch sozial ausgewogenen Einsatz der Gelder. „Die Schwachen fallen bei mir eben nicht durch den berühmten Rost.“

GESUNDHEIT

Rainer Bischoff (SPD) beklagte einen „gesundheitpolitischen Kahlschlag“ in NRW, den Minis-

ter Laumann zu verantworten habe. „Ihre Politik führt zu einer eindeutigen Gefährdung der Krankenhauslandschaft und zu einem Desaster in der gesamten gesundheitspolitischen Landschaft.“

Rudolf Henke (CDU) wies den Vorwurf zurück, die Koalition betreibe „Kahlschlag“. Trotz der Haushaltslage werde auch künftig eine gesundheitliche Versorgung auf hohem Niveau gewährleistet. Die Änderungsanträge der Opposition bezeichnete er als „unseriös“, da die Frage der Deckung unbeantwortet bleibe.

Barbara Steffens (GRÜNE) warf den Abgeordneten der Koalition vor, den Menschen im Land „Mist als Gold verkaufen“ zu wollen. Insbesondere im ehrenamtlichen Bereich setze Schwarz-Gelb den Rotstift an. Dieses Verständnis von Gesundheitspolitik sei „unverantwortlich für dieses Land“.

Dr. Stefan Romberg (FDP) stellte fest, dass Patienten vielfach nicht die medizinische Versorgung erhielten, die wünschenswert sei. Der Einzelplan weise jedoch in eine bessere Zukunft. Es gehe darum, ineffiziente Strukturen auszusortieren und stattdessen ein freiheitliches Gesundheitssystem zu schaffen.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) bezeichnete den Sparhaushalt auch im Bereich der Gesundheitspolitik als „alternativlos richtig“. Gleichzeitig wies er den Vorwurf zurück, man habe durch Einsparungen Strukturen zerstört oder in ihrer Existenz gefährdet.

INNENMINISTERIUM

Dr. Karsten Rudolph (SPD) zog Bilanz: „Weniger Geld für die Polizei, für die Prävention und für die innere Sicherheit.“ Die Sicherheitsarchitektur in NRW gerate ins Wanken. Schwarz-Gelb

Reiterstaffel auf ein kostenintensives und wenig effektives Pferd gesetzt.

Theo Kruse (CDU) räumte der Haushaltskonsolidierung „höchste Priorität“ ein. In Anbetracht der immensen Erblasten seien die Kürzungen der Gesamtausgaben (4,2 Prozent) und der Personalausgaben (1,2 Prozent) noch „moderat“ ausgefallen. Die Gewährung von Sicherheit und die Verhinderung von Straftaten dürfe schließlich „nicht dem Finanzdiktat der desolaten öffentlichen Haushalte zum Opfer fallen“. Daher müsse die Polizei effizienter ausgerichtet werden. „Mehr fahnden statt verwalten“ laute die Devise.

Monika Düker (GRÜNE) warf Schwarz-Gelb vor, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. „Warum stehen denn 3.000 bis 4.000 Polizisten auf dem Düsseldorfer Burgplatz, um gegen Ihre Politik zu demonstrieren?“ Der „massive Zorn“ der Polizeibeamten sei entbrannt, weil „Sie die Menschen in diesem Land schlicht und einfach belogen haben“. Beispielsweise habe die Koalition wider besseres Wissen eine Verdoppelung der Einstellungsermächtigung bei der Polizei von jährlich 500 auf 1.000 versprochen und damit ihr Vertrauen verspielt.

Horst Engel (FDP) betonte, er habe sich mit den im Rahmen der Haushaltsberatungen getroffenen Entscheidungen gerade für den Beamtenbereich schwer getan. Die Landesregierung sei jedoch mit dem Anspruch angetreten, dem „Weiter so!“-Prinzip von Rot-Grün nicht mehr zu folgen. Durch erste Reformen sei es bereits gelungen, „insbesondere der Polizei wieder Luft zum Atmen zu geben und sie von den Fesseln hausgemachter Bürokratie zu befreien“. Weitere Schritte sollen folgen.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) verteidigte die geplanten Kürzungen, die ohne realistische

sind.“ Um die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit nicht zu gefährden, werde der operative Bereich der Polizei von Stelleneinsparungen ausgenommen.

SPORT

Theo Peschkes (SPD) bezeichnete den Haushaltsentwurf als „sportpolitisches Armutszeugnis“. Die Koalitionsfraktionen hätten die Kürzungspläne der Landesregierung wortlos abgenickt. Insbesondere die Kürzung bei der Übungsleiterpauschale sei eine „Ohrfeige für jeden ehrenamtlichen Übungsleiter“.

Holger Müller (CDU) betonte, dass auch die unumgänglichen Kürzungen beim Sport nichts an der Tatsache änderten, dass „NRW das Sportland Nummer eins ist und bleibt“. Dass hierzulande allein in diesem Jahr vier Sport-Weltmeisterschaften ausgetragen werden, sei der beste Beweis dafür.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) erinnerte an „flammende Reden“ von CDU-Abgeordneten, wenn es darum ging, die Wichtigkeit der Übungsleiterpauschale hervorzuheben. Er warb daher um Zustimmung für den Antrag seiner Fraktion, die Übungsleiterpauschale wieder auf das Vorjahresniveau anzuheben.

Christof Rasche (FDP) bedauerte die Kürzung der Übungsleiterpauschale. Die Zukunft der ehrenamtlichen Vereinsarbeit sah er dadurch aber nicht gefährdet. Im Durchschnitt bekomme jeder Verein künftig nur 13 Euro weniger im Monat. Auch der Sport komme nicht umhin, einen Beitrag zur Konsolidierung zu leisten.

Sportminister Dr. Ingo Wolf (FDP) zeigte sich verwundert über die Kritik des Abgeordneten Vesper an der geplanten Kürzung der Übungsleiterpauschale um 20 Prozent. Schließlich habe er als damaliger Sportminister nicht ausschließen wollen, die Pauschale sogar ganz abzuschaffen.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

Hans-Willi Körfges (SPD) bezeichnete den Umgang der Landesregierung mit den Städten und Gemeinden als „Gutsherrenart“. Die Art und Weise, wie die Regierung über „berechtigte Kritik“ der Kommunen hinsichtlich der Pläne zum GFG hinweggehe, sei Ausdruck von „Machtverliebtheit“. Sein Fazit: Nach einem Jahr Schwarz-Gelb haben die Kommunen „keinerlei Grund zum Feiern“.

Hendrik Wüst (CDU) resümierte: „Dieses eine Jahr schwarz-gelber Regierung ist ein gutes Jahr für die Kommunen.“ Mit dem vorgelegten GFG werde man den von der Vorgängerregierung



habe seine Wahlkampfversprechen gebrochen, keine weiteren Kürzungen bei den Einkommen der Polizei vorzunehmen, mehr Polizeibeamte einzustellen und die innere Sicherheit von Haushaltskürzungen auszunehmen. Stattdessen habe man mit der Wiedereinführung der

Alternative seien. Insgesamt sinke der Haushalt des Innenressorts gegenüber dem Vorjahr um 178,3 Millionen Euro. Der überwiegende Teil der Kürzungen – 135 Millionen –, entfalle auf den Asylbereich. „Diese Kürzungen waren möglich, weil die Asylbewerberzahlen deutlich rückläufig

betriebenen „organisierten Staatsbankrott“ stoppen und den Kommunen „mehr Luft zum Atmen“ und „mehr Freiheit“ geben.

Horst Becker (GRÜNE) warf der Landesregierung „kommunalfeindliches Verhalten“ vor. „Sie haben die gesamte Finanzoperation nur auf Kosten der kommunalen Finanzen durchgeführt.“ Unterm Strich erhielten diese

wirklich Spitze“. „Wenn Sie bei Rot-Grün noch ein bisschen Gespür für politische Fairness und die schulische Realität hätten, müssten auch Sie darüber erfreut sein.“

Sigrid Beer (GRÜNE) warf der Landesregierung „Klientelpolitik“ vor. Wie schon die Umschlagfarbe der Einzelplanentwürfe verrate, werde den Menschen beim Schulhaushalt „das

Marie-Luise Fasse (CDU) machte deutlich, dass in Teilbereichen „schmerzhafte Einschnitte“ nicht zu verhindern seien. Durch „strikte Selbstdisziplin, Kreativität und Gestaltungskraft“ habe man das „Sparziel bis an die Grenze des Möglichen ausgeschöpft“. Trotzdem sei es gelungen, die Finanzausstattung in den Kernbereichen „auf vergleichsweise hohem Niveau zu halten“.

Johannes Remmel (GRÜNE) lehnte den Einzelplan „mit Vehemenz“ ab. Er sei „unehrlich, zynisch, ungerecht, einseitig und politisch hinterhältig“, zudem „handwerklich schlecht, rechtlich fragwürdig und kleinkariert“. Dem Flughafen Münster/Osnabrück, den Landesgartenschauen und der Landwirtschaftskammer werde Geld hinterher getragen, während weit wichtigere Bereiche leer ausgingen.

Holger Ellerbrock (FDP) zeigte sich verwundert über die Haltung der Opposition: „Es wird letztlich von Rot-Grün gefordert, dass man die alte verschuldungsorientierte Politik fortsetzt und mit der Gießkanne über das Land geht, um Klientelbefriedung allerorten zu betreiben.“ Es könne nicht sein, dass der Minister und die Koalition beschimpft werden, weil man „nachhaltige Verantwortlichkeit“ zeige.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) betonte, „christlich-liberale Umweltpolitik bedeutet vor allen Dingen eins: Generationengerechtigkeit!“ Auch sein Haus werde zur Haushaltskonsolidierung beitragen, was wiederum die finanziellen Spielräume verenge. „Aber was das Klima und die Frage der Kreativität und der Subsidiarität in der Umweltpolitik angeht, sind die Spielräume größer geworden.“

GENERATIONEN UND FAMILIE
KINDER UND JUGEND

Britta Altenkamp (SPD) meinte, unter dem Motto „Wort halten“ verlange die SPD eine Steigerung des Landesjugendplans um 21 Million Euro auf die versprochenen 96 Millionen. Das gelte auch für Kindergärten und Kindertagesstätten. Bei der Koalition dagegen habe man den Eindruck, dass es bei ihr keine Lobby für die Kinder- und Jugendarbeit gebe.

Marie-Theres Kastner (CDU) verwies auf die Schulden des Landes. Allein von den Zinsen pro Tag „könnten wir jeden Tag zwei Schulen oder zwei Kindergärten bauen“. Darum müsse umgesteuert werden. Das sei ein steiniger Weg aber alternativlos. Wenn die SPD behaupte, das geschehe auf dem Rücken der Kinder, dann sei das mehr Demagogie als Wahrheit.

Andrea Asch (GRÜNE) erklärte zu diesem „Kern“ des Haushaltes, gerade in diesem



Fotos: Schälte

Ute Schäfer (SPD)

Bernhard Recker (CDU)

Sigrid Beer (GRÜNE)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Schulministerin
Barbara Sommer (CDU)

nun weniger Geld als zuvor. Zudem habe es einen „drastischen Einbruch im Vertrauen“ zwischen Kommunen und Landesregierung gegeben.

Horst Engel (FDP) zog ein Zwischenfazit: Die Landesregierung habe das GFG auf „völlig neue Beine gestellt“. Die Verteilung der finanziellen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sei „transparenter, gerechter und planbarer“ gestaltet und die kommunale Selbstverwaltung somit gestärkt worden.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) stellte „voller Genugtuung und mit großer Gelassenheit“ fest: „Das ist ein GFG aus einem Guss.“ Damit habe man eine längst überfällige, „saubere Berechnungsgrundlage“ geschaffen, und dafür „an vielen Stellen Zustimmung erfahren“. Zum Wohle der Kommunen werde man den eingeschlagenen Weg „zielsicher weitergehen“.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Ute Schäfer (SPD) bezeichnete den Einzelplan „nach intensiver Analyse in vielen Teilen als Luftbuchung“. Die Regierung handle „wesentlich unseriös“. Unbeirrt von massiven Protesten an der Schulgesetznovelle halte Schwarz-Gelb an ihrem Kurs fest, der einen „Rückschritt in die 50-er Jahre“ bedeute. Damit habe sich die Regierung „das komplette Vertrauenspotential in der Bildungspolitik verspielt“.

Bernhard Recker (CDU) wies die Kritik der Opposition als „billiges Herumnörgeln“ zurück. Angesichts der „dramatischen finanziellen Katastrophe“ einen solchen Haushalt für den Bildungsbereich vorlegen zu können, „das ist

Blaue vom Himmel versprochen“. In Wahrheit jedoch ziehe die Regierung „mit der Abrissbirne durch weite Bereiche der Bildungslandschaft“; ihre Neubauprojekte entpuppten sich als „potemkinsche Dörfer“.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) sah Bedarf, die Fakten einmal gerade zu rücken. „Für uns hat Bildung allerhöchste Priorität.“ Diesem Versprechen lasse man nun Taten folgen: Trotz angespannter Haushaltslage werden in Bildung 317 Millionen Euro zusätzlich investiert. Die Ausgaben für den Schulhaushalt werde man trotz sinkender Schülerzahlen von 12,3 auf 12,6 Milliarden steigern.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) nannte den Haushaltsplan eine „Handlungsgrundlage für eine schulpolitische Neuausrichtung“. In Verbindung mit dem Entwurf für das neue Schulgesetz werde „das Fundament für ein neues, modernes, leistungsfähiges und gerechtes Schulsystem“ gelegt. Die Ergebnisse von Pisa belegten, dass hier eine Neuausrichtung vonnöten sei.

UMWELT UND NATURSCHUTZ
LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHER-
SCHUTZ

Annette Watermann-Krass (SPD) warf dem Umweltminister vor, mit seiner Etatpolitik alle diejenigen zu schwächen, „die bei Ihnen keine Lobby haben“: die Verbraucher, alle im Umweltschutz und in der Umweltbildung wie den biologischen Stationen sowie kleine und mittlere Landwirte, insbesondere aus der Biobranche. „Minister Uhlenberg outet sich ganz offen als Cheflobbyist des Agrobusiness.“

Schwerpunkt werde von Schwarz-Gelb kräftig gekürzt. Damit werde im Gegensatz zu den Ankündigungen die Öffentlichkeit systematisch getäuscht und „an dem Ast gesägt, auf dem wir alle sitzen“. Angekündigte Nachbesserungen seien allenfalls „Trostpflasterchen“.

Christian Lindner (FDP) rechnete vor, die SPD hätte genügend Zeit gehabt, den beitragsfreien Kindergarten zu verwirklichen, schließlich rede sie schon seit 1975 davon. In dieser Haushaltssituation wieder eine solche politische Wohltat aufs Tapet zu bringen, sei unseriös. In der Zusammenschau sei der Etat ein klares Bekenntnis zur jungen Generation.

Generationsminister Armin Laschet (CDU) stellte fest: „Eine kinder- und familienfreundliche Politik muss auch eine verantwortliche Finanzpolitik für künftige Generationen sein.“ Es gehe nicht um die behaupteten Einsparungen von 220 Millionen, sondern um real 104 Millionen; davon würden 72 Millionen den Kindergartenträgern als Konsolidierungsbeitrag abverlangt.

FRAUEN

Gerda Kieninger (SPD) beklagte die Kürzungen bei den Regionalstellen Frau und Beruf: 30 landesgeförderte Stellen müssten nach der Sommerpause schließen. Das sei erst der Anfang: „Was wird in den nächsten vier Jahren noch zerstört?“ wollte sie wissen und warf Minister Laschet vor, er werde seiner Rolle als Frauenminister nicht gerecht.

Maria Westerhorstmann (CDU) konterte: Der Frauenetat orientiere sich an der finanzpolitischen Wirklichkeit des Landes. Hier werde wie anderswo auch gespart. Dennoch werde kein Frauenhaus schließen müssen. Das im Land vorhandene gut ausgebaute Netz an Beratungseinrichtungen bliebe bestehen und könne weiterarbeiten.

Barbara Steffens (GRÜNE) fand, aus „Frauenministerium“ sei ein „Ministerium zur Abwicklung von Frauenpolitik“ geworden. Wer im Frauenhaushalt an Mitteln, die Nachteile ausgleichen sollen, den Rotstift ansetze, der akzeptiere die Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft. Die wahre Prioritätensetzung laute „Reiterstaffel statt Frauenhäuser“.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) lehnte Mehrfachstrukturen im Beratungsbereich ab. Das Land habe sich auf Kernaufgaben zu beschränken. Die Einsparungen bei den Regionalstellen kämen ausschließlich dem Bereich Kinder, Jugend und Familie zugute. Weil Kinder hilfloser als Erwachsene seien, sei es wichtiger, an dieser Stelle Unterstützung zu leisten.

Minister Armin Laschet (CDU) urteilte, Frauenpolitik lasse sich nicht an Geld und Stellen, sondern an ihren Erfolgen messen. Also: Mehr über Inhalte sprechen als über Strukturen. Die Frauenhäuser könnten weiterarbeiten und in die Regionierungen gesetzt hat, sollte aus dem politischen Streit herausgehalten werden. Den Stellenwert dieser Politik sehe man daran, dass in NRW durch Ministerpräsident Rüttgers das erste Integrati-



onalstellen würden Mittel aus dem Europäischen Regionalfonds gesteckt. Mit solchen intelligenten Lösungen könnten auch in Zeiten knapper Kassen Infrastrukturen beibehalten werden.

INTEGRATION UND EINE WELT

Angela Tillmann (SPD) sah in Kürzungen von 83 Prozent bei den „Zuweisungen für kommunale Entwicklungsarbeit“ das Aus der Landesförderung gekommen. CDU und FDP sei das Ehrenamt in diesem Bereich keinen Cent mehr wert. Im Bereich der nachholenden Integration würden nochmals zwei Millionen gekürzt. Das sei rückgängig zu machen.

Michael Solf (CDU) widersprach: Eine-Welt-Arbeit sei weiterhin möglich, wenn, wie Schwarz-Gelb das tue, die vorhandenen Ressourcen besser organisiert und dort eingesetzt werden, wo sie zielgerichtet wirken. Rot-Grün sollte angesichts eigener Versäumnisse nicht zetern, sondern mithelfen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Monika Düker (GRÜNE) attestierte dem Minister guten Willen im Eine-Welt-Bereich aber er habe sich gegenüber dem Koalitionspartner nicht durchsetzen können: „Durch ein paar billige, populistische, dumme Sprüche von Herrn Papke werden hier Netzwerke zerstört“. Das halte sie für eine Katastrophe und für „erbärmlich“.

Christian Lindner (FDP) rechnete mit Rot-Grün ab: „Wir haben eine Multi-Kulti-Orientierung beendet, die nicht zielführend war. Wir haben eine Politik der besten Absichten ersetzt durch eine Politik, die auf Ergebnisse setzt. Von daher konzentrieren wir uns auf das Kerngeschäft auch in diesem Politikfeld.“

Minister Armin Laschet (CDU) war der Meinung, das Thema Integration, wo NRW mit seiner Integrationsoffensive seit 2001 bundesweit Mar-

onministerium errichtet wurde. Andere Länder seien drauf und dran, diesem Trend zu folgen.

INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

Karl Schultheis (SPD) erkannte angesichts von Kürzungen in Höhe von fast 37 Millionen Euro, „dass mit der neuen Landesregierung nicht nur die Chancengleichheit Stück für Stück beseitigt wird, sondern dass auch wichtige Zukunftsinvestitionen verschlafen werden“. Hochschulen und Forschungseinrichtungen würden totalem Wettbewerb ohne öffentliche Verantwortung ausgesetzt. Die Studierenden müssten Studiengebühren entrichten.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) betonte dagegen, die Koalition habe sich in diesem zukunftsentscheidenden Bereich nicht nur in diesem Jahr, sondern bis 2010 auf 2,8 Milliarden Euro jährlich festgelegt. „Das hätten Sie nie und nimmer hinbekommen“, sagte er zum rot-grünen Lager. Das seien verlässliche Rahmenbedingungen für Innovation, zukunftssichere Arbeitsplätze und die kulturelle und ökonomische Attraktivität des Landes.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) lobte, dass die Regierung den Qualitätspakt mit den Hochschulen, wenn auch unter anderem Namen fortsetzt. Aber das sei auch schon die Verlässlichkeit. Studiengebühren habe man eingeführt und die Zuschüsse für die Studentenwerke gekürzt, die Ausgaben für das Technologie- und Innovationsprogramm zurückgefahren.

Christian Lindner (FDP) kam zu dem Schluss, der Einzelplan konzentriere sich auf wesentliche Kernbereiche, wo er insgesamt auch wieder mehr Substanz vorzuweisen habe. Der Freiheitsgrad, den man den Einrichtungen gewähren wolle, werde auch fiskalisch abgebildet. Das sei ein guter Einstieg in fünf Jahre schwarz-gelber Hochschulpolitik, fand Lindner.

Innovationsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) kündigte an, mit den bereits eingeleiteten Maßnahmen werde die Regierung den Hochschulen echte Spielräume geben. Rot-Grün habe dagegen den Innovationsstandort NRW nicht weiter-, sondern zurückentwickelt. Folge: „Wir haben die dichteste Hochschullandschaft in Europa, aber wir haben noch nicht die beste.“ Die Reformbilanz, die nach einem Jahr die neue Regierung ziehe, sei „erstklassig“.

STÄDTEBAU UND WOHNEN

Monika Ruff-Händelkes (SPD) hielt der „Erben- generation CDU und FDP“ vor, dass sie das mühsam aufgebaute Wohnungsbauvermögen der Wfa – „wie viele andere Errungenschaften der bisherigen sozialverträglichen Wohnungspolitik“ – deutlich infrage stelle. Beim geplanten Verkauf der LEG stehe für die Koalition nicht das Wohl der Mieter im Mittelpunkt, sondern allein die „Abgabe von Verantwortung“.

Heinz Sahnén (CDU) war überzeugt, dass im wohnungspolitischen Teil des Etats der notwendige finanzielle Gestaltungsrahmen gegeben ist. Die auch hier notwendigen Sparmaßnahmen führten nicht dazu, „dass vorhandene, bewährte und stabile Strukturen zerschlagen werden“. Es gebe die Chance, „wichtige Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen zu geben“.

Horst Becker (GRÜNE) sah keine Verbesserung im Wohnungsbau, im Gegenteil: Das Wfa-Vermögen werde perspektivisch aufgezehrt, die LEG-Wohnungen würden veräußert und die Kündigungssperrfristverordnung aus ideologischen Gründen „weggesprengt“.

Christof Rasche (FDP) machte auf den Umstand aufmerksam, dass die Städtebaumittel fast auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden konnten. Allerdings sei Rot-Grün so viele Verpflichtungen eingegangen, dass für aktuelle Projekte kaum noch Spielraum sei.

Bauminister Oliver Wittke (CDU) umschrieb die neue Baupolitik so: Gießkanne, Füllhorn und Ideologie hätten ausgedient: „Wir machen eine pragmatische Wohnungsbau- und Städtebaupoli-“

litik im Interesse der Menschen unseres Landes.“ Es werde gespart und gleichzeitig umgesteuert.

VERKEHR

Bodo Wißen (SPD) hielt dem Minister vor, er habe bei den Mitteln für den Regionalverkehr die Interessen des Landes gegenüber dem Bund schlecht vertreten. Gekürzt werde bei Kindern und Jugendlichen, bei Schülerfahrten und Verkehrserziehung. Der Haushalt lasse die Sicherung nachhaltiger Mobilität für Wirtschaft und Bevölkerung nicht erkennen.

Bernd Schulte (CDU) unterstrich, die CDU lehne die ideologische Bevorzugung eines Verkehrsträgers, der Schiene, ab und sei für eine Arbeitsteilung aller Verkehrsmittel. Auch sei man gegen eine Bevormundung der Bürger bei der Wahl von Verkehrsmitteln. Beendet werde die bisher sträfliche Vernachlässigung der Landesstraßen.

Oliver Keymis (GRÜNE) hielt nichts davon, dass die Regierung die „NRW-Erfolgsstory der letzten zehn Jahre im Schienenverkehr gefährdet“. Geld sollte zudem nicht in den Neubau, sondern eine Milliarde Euro in den Erhalt von Straßen gesteckt werden. Stattdessen benötige die Regierung das Geld woanders, „zum Beispiel für den Ausbau der Regionalflughäfen“. In Weeze, Dortmund und Mönchengladbach würden „Millionenbeträge verpulvert“ - für einen Verkehr, der Umwelt und Klima schädige. Das sei keine zukunftsgerichtete Politik für das Land.

Christof Rasche (FDP) kehrte das Argument um: „Trotz massiver politischer Einflussnahmen haben sich die Erwartungen an eine Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene nicht erfüllt.“ Unter Schwarz-Gelb gebe es keine Benachteiligung, aber auch keine Bevorzugung. Projekte würden allein nach ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen beurteilt. Vom Bund aus drohe Kahlschlag im Nahverkehr; dagegen sollte sich auch die SPD zur Wehr setzen.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) sprach von einer Trendwende in der Verkehrspolitik. Man wolle mehr investieren, eine unideologische

Politik machen, die sich an den Interessen der Menschen im Land ausrichtet und gleichzeitig einen Beitrag zum „großen Konsolidierungswerk“ leisten. Bei den Kürzungen gehe es gerecht und ohne Rasenmäher zu.

WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

Norbert Römer (SPD) sagte, Wirtschaftsministerin Thoben (CDU) habe in ihrem Amt eine „glücklose Hand“. Wörtlich sagte der Abgeordnete: „Große Sprüche, kleine Taten, viel Luft, wenig Substanz.“ Man verabschiede sich von der politischen Gestaltung des Strukturwandels im Ruhrgebiet und verlasse sich auf den wirtschaftlichen Aufschwung. Der Haushalt lasse keine neuen Ideen erkennen.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) hielt der SPD rückwärts gewandte Politik vor. So habe es kein Geld dafür gegeben, um die Zukunft zu gestalten. Mehr als die Hälfte des Wirtschaftsetats werde „gezwungenermaßen“ für die Subventionierung der Steinkohle eingesetzt. Dieser Einsatz für 30.000 Arbeitsplätze im Bergbau sei gegenüber einer Million Arbeitslosen im Land nicht mehr vertretbar.

Reiner Priggen (GRÜNE) ergänzte, auch der größte Teil des Restes im Haushalt sei der Gestaltung durch das Parlament entzogen. Er komme gerade mal auf 32 Millionen Euro, die disponibel seien. Das sei für die parlamentarische Debatte eine „außerordentlich geringe Gestaltungsmasse“, meinte Priggen und fand, dass von der Ministerin dennoch mehr kommen müsse als bloße „Ankündigungen“.

Dietmar Brockes (FDP) beklagte ebenfalls die Höhe der Steinkohlensubventionen und zählte die Maßnahmen auf, die die Landesregierung ergriffen hat, um Bürgern und Unternehmen Freiräume für Wachstum und Beschäftigung zu eröffnen. Scharf wandte er sich gegen die geplanten Berliner Steuererhöhungen: Sie „zertrampeln das zarte Konjunkturpflänzchen“ in NRW.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erwähnte die Schritte zur Konsolidierung: Stärkere Konzentration der Fördermittel, effiziente Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und stärkere Beteiligung Dritter an der EU-Kofinanzierung. Davon erhoffe sie sich entscheidende Wachstumsimpulse.

ENERGIE

Uwe Leuchtenberg (SPD) gab zu bedenken, Politik für das Energieland NRW sei mehr als die Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Steinkohle. Aus dem heraus müssten in Richtung Berlin und



Fotos: Schätke

Bodo Wißen (SPD)

Bernd Schulte (CDU)

Oliver Keymis (GRÜNE)

Christof Rasche (FDP)

Verkehrsminister
Oliver Wittke (CDU)

Brüssel die Themen besetzt werden, um den Entwicklungen eine eigene Richtung zu geben. Energiepolitik sei mehr als Wirtschaftspolitik, auch Außen-, Standort-, Familien- und Wohnungsbaupolitik. In Zukunft sei sie auch vor allem Sozialpolitik. Davon finde sich hier nichts wieder.

Hubert Schulte (CDU) kündigte an, das kurz vor der Wahl durchgeboxte Landesplanungsgesetz verletze einen vernünftigen Interessenausgleich; hier gebe es Handlungsbedarf. Bei allen Änderungen und Vorgaben würden die EU-Vorgaben künftig 1:1 umgesetzt – ohne Draufsatteln wie bisher.

Mehr für Repräsentation, weniger für internationale Zusammenarbeit, mehr für Stellen, weniger für konkrete Arbeit – das ist das Kennzeichen dieses Einzelplans.“

Angela Freimuth (FDP) betonte den Wert von Netzwerken in Brüssel. Die Abgeordnete: „Es geht auch um ein enges Miteinander von Parlament, Landesvertretung in Brüssel und Landesregierung. Wir müssen unsere Interessen in Europa wahrnehmen, und zwar engagierter als in der Vergangenheit.“

Europaminister Michael Breuer (CDU) verteidigte die Repräsentationsmittel: Gestiegene Preise, Weltmeisterschaft und viele andere internationale Angelegenheiten zwingen zur Anhebung. Im Übrigen beteilige sich die Staatskanzlei mit einem Beitrag zur Verminderung der Sachkosten und sei beim jährlichen Personalabbau von 1,5 Prozent dabei.



Fotos:
Schälte

Uwe Leuchtenberg (SPD)

Christian Weisbrich (CDU)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dietmar Brockes (FDP)

Energieministerin
Christa Thoben (CDU)

Christian Weisbrich (CDU) kritisierte wie andere zuvor die „Erblast“, die die SPD nach ihrem Abtreten hinterlassen habe. Aber nicht Steinkohle, sondern Energieforschung, Effizienzsteigerung, regenerative Energiequellen und inhärent sichere Kernkrafttechnik seien die Felder, in denen geforscht und in die das Geld fließen müsse. Nur so bleibe NRW Energieland Nummer eins.

Reiner Priggen (GRÜNE) wunderte sich, dass in Punkten, zu denen im Parlament weitgehend Konsens herrscht, so wenig seitens der Landesregierung geschehe. Außer Ankündigungen gebe es kaum Ansätze, um Bundesprogramme zu ergänzen und angesichts stetig steigender Ölpreise die Gebäudesanierung zu fördern.

Dietmar Brockes (FDP) verknüpfte die weiterlaufende Förderung rationeller Energieverwendung und erneuerbarer Energien mit der Bedingung, dass in absehbarer Zeit die Schwelle der Wirtschaftlichkeit zu erreichen ist. Bei der Forschungsförderung sei die Ausgrenzung einzelner Gebiete aus ideologischen Gründen mit der FDP nicht machbar.

Energieministerin Christa Thoben (CDU) vermisste angesichts der Kritik Änderungsanträge der Opposition. Ohne die Steinkohle hätte man in NRW mehr Luft, betonte sie. Wenn man ohne Rücksicht auf Haftungsrisiken und Risikobegrenzung alles einfach „durchwinken“ würde, was die Ruhrkohle AG aufschreibt, dann würde der Landtag einen Untersuchungsausschuss bekommen. Und sie nähme es der Opposition nicht einmal übel, wenn sie diesen Ausschuss beantragen würde.

LANDESPLANUNG

Professor Dr. Gerd Bollermann (SPD) erklärte, es gehe bei diesem Bereich um ein Gesamtvolumen von einer runden Million Euro. Es gebe keine Anträge, dennoch wüsste er gerne, „welche fachlichen Schwerpunkte Frau Thoben setzen wird“.

Reiner Priggen (GRÜNE) vermisste klare Angaben zur Richtung, in die die Landesregierung gehen wolle. Es gebe in den Zielsetzungen Differenzen, aber auch Gemeinsamkeiten. Wenn auf die Ankündigungen Arbeitsprozesse folgten, „dann lassen wir uns auf einen konstruktiven Prozess ein“.

Holger Ellerbrock (FDP) forderte langfristige Konzeptionen und großflächiges Arbeiten bei der Landesplanung ein. Damit biete sich wieder die Chance, NRW nach vorne zu bringen. Lieber am Anfang vernünftig diskutieren, als ein Gesetz vorzulegen, das an 50 Stellen zu ändern ist, wie das unter Rot-Grün geschehen sei.

Ministerin Christa Thoben (CDU) brach eine Lanze für eine zukunftsfähige Gewerbeflächenpolitik. Sie sei entscheidend für eine positive Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts. Aber ob alle ausgewiesenen Flächen für Großunternehmen wirklich gebraucht würden, sei fraglich. Das werde zu prüfen sein, auch unter ökologischen Gesichtspunkten.

MINISTERPRÄSIDENT

Wolfram Kuschke (SPD) fragte nach einem klaren Profil bei einem Haushalt, der um fast 15 Prozent gestiegen sei. Mehrausgaben bei Repräsentation, „Beratung und externer Sachverständ“ sowie Kürzungen beim Ehrenamt. Auch zu „Europa und Internationales“ hätte man gern mehr gewusst.

Ilka Keller (CDU) lobte die effektive Arbeit, die als Folge der Neuausrichtung der Landesvertretung in Brüssel jetzt geleistet werde. Dass jetzt bei Europafördermitteln eine private Kofinanzierung möglich ist, sei Verdienst des Ministerpräsidenten.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, urteilte knapp: „Weniger Zukunft war selten.“

JUSTIZMINISTERIUM

Frank Sichau (SPD) kündigte an, seine Fraktion könne dem „konservativ-neoliberalen Justizhaushalt“ nicht zustimmen. Es gebe – entgegen der Zusage – keine Streichung der kw-Vermerke im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich. Als weitere Kritikpunkte nannte er Haftverschonung in Aachen, Täter-Opfer-Ausgleich und Kürzung bei den Drogenfachkräften.

Harald Giebels (CDU) hielt dagegen: „Die Justiz wird mit den Mitteln ausgestattet, die sie benötigt, um bei zugegeben hoher Belastung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Aufgaben mit so hoher Qualität erfüllen zu können, wie dies in der Vergangenheit der Fall und wie dies auch zukünftig gewährleistet sein soll.“

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) warf der Regierung vor, sie spare an den falschen Stellen: „Statt ins soziale Netz zu schneiden, sollten Sie bestehende Netzwerke besser ausbauen. Prävention und Haftvermeidung lohnen sich allemal.“

Dr. Robert Orth (FDP) kündigte an, dass die Privatisierungsüberlegungen vorangetrieben würden: Über das Gerichtsvollzieherwesen hinaus werde über Bewährungshilfe und Schulungseinrichtungen diskutiert. „Es darf auch in den Justizvollzugsanstalten kein Tabu für Privatisierungen geben.“

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter urteilte: „Im internationalen Vergleich schneidet die Justiz in NRW hervorragend ab. Und das wird auch so bleiben.“ Durch Binnenmodernisierung trage auch die Justiz zum 1,5-prozentigen Stellenabbau bei. Die Auflösung des Justizvollzugsamts sei ein weiterer Beitrag zu Verschlankeung und Entbürokratisierung. Ein weiterer Schwerpunkt liege im Umgang mit jugendlichen Straftätern und im jungen Erwachsenenalter. ■

Nachdenken über Europa

Impulse von deutscher Ratspräsidentschaft in Verfassungsfrage erwartet

„Für ein demokratisch und sozial verfasstes Europa“ – unter diesem Titel stand der Antrag der Grünen (Drs. 14/1883), den das Plenum beraten und einstimmig an den Hauptausschuss überwiesen hat, wo über ihn abschließend abgestimmt wird. In ihrem Antrag erklärt die Fraktion, die Ablehnung des Verfassungsvertrags für Europa zeige, dass wesentliche Fragen der Menschen, etwa nach dem europäischen Sozialmodell, unbeantwortete geblieben seien. Diese Kritik müsse man jetzt aufgreifen und aufarbeiten.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, listete drei Fragen auf: die nach dem Ziel der europäischen Integration, nach der Rolle, die Europa in der Welt spielen soll und nach der Zukunft des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells. Die Fragen seien existenziell für die Zukunft Europas und auch für die Zukunft Nordrhein-Westfalens, betonte sie: „Es geht uns um einen offenen und lebendigen Diskussionsprozess, an dem die Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können“. Nur dann werde Europa konkreter und komme aus der schwierigen Situation aufgrund der Ablehnung der europäischen Verfassung in zwei wichtigen Staaten heraus. Wenn der Antrag ihrer Fraktion nicht wie sonst bei Anträgen üblich mit Forderungen an die Landesregierung schließe, dann liege das daran, dass diese Debatte in erster Linie die Vertreterinnen und Vertreter des Volkes, also die Abgeordneten, angehe. Löhrmann beendete ihren Beitrag mit dem Wunsch, dass sich Gemeinsamkeit bei der weiteren Debatte des Antrags einstellt.

Horst Westkämper (CDU) antwortete direkt. Die Grünen agierten europapolitisch ohne klaren Kurs: „Sie schaffen mit diesem Antrag keine Klarheit, sondern stiften nur Verwirrung“. Sie verlangten nämlich nichts anderes, als den Verfassungsvertrag wieder fundamental aufzuschneiden. Aber mit „Streichung, Neugewichtung und Umgruppierung einzelner Vertrags-teile“ erreiche man genau das Gegenteil dessen, was die Menschen wollten. Die CDU sei für eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und entschieden dafür, dass dem Beitrittskriterium der Aufnahmefähigkeit der EU bei zukünftigen Erweiterungsrunden verstärkt Beachtung geschenkt wird. Der Abgeordnete: „Hier muss in erster Linie der Text des Verfassungsvertrags geän-

dert werden“. Wenn die Grünen formulierten: „Der Verfassungsvertrag ist gescheitert. Es lebe die Verfassung!“, dann sei das ein Verwirrspiel. Westkämper: „Das sind einfach nicht die Signale, um Europa nach vorne zu bringen“.

Wolfram Kuschke (SPD) räumte ein, dass es im Text des grünen Antrags einige unklare Stellen gebe – etwa in der Frage, welchen Stellenwert der vorliegende Verfassungsentwurf hat. Die Hoffnung auf eine gemeinsame Basis bei der folgenden Beratung im Hauptausschuss wolle er dennoch nicht aufgeben. Kuschke stellte fest: „Die Verfassung ist nicht tot“. Trotz der Phase des Nachdenkens, die inzwischen eingetreten sei, hätten die meisten Staaten klargemacht, dass die Ratifizierungsprozesse weitergingen. Man brauche eine Ergänzung des Vertrags, forderte er, bei der in Form einer Charta die Frage ausgefüllt werde, was soziale und nationale Identität der Mitgliedsstaaten ausmacht.

Dietmar Brookes (FDP) erklärte, nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden befinde sich die Europäische Union bis Ende des Jahres in der so genannten Reflexionsphase. Das sollte man nicht als Krise, sondern als Chance begreifen. Den Grünen hielt er vor, ihr spät kommender Antrag enthalte keine neuen Erkenntnisse, sondern zeuge mit seinem Vorschlag, den Text komplett zu überarbeiten „sowohl von einem sehr seltsamen Demokratieverständnis als auch von mangelndem Realitätssinn“. Brookes: „Wenn wir einen komplett neuen Text erarbeiten würden, wäre dies ein Schlag ins Gesicht de-

rer, die diesen Entwurf bereits ratifiziert haben in der Hoffnung, dass er irgendwann einmal in Kraft tritt“. Recht gebe man der antragstellenden Fraktion darin, dass der Text der Verfassung viel zu lang und für die Mehrheit der Bürger schwer verständlich ist. Darum sollte das Ganze nach Ansicht der Liberalen („unter Beibehaltung des Textes und bei Wahrung des Gehaltes“) in drei Gesetzeswerke geteilt werden: Verfassungsentwurf, eigentliche Verfassung und Grundrechtcharta.

Europaminister Michael Breuer (CDU) erinnerte an das Wort des früheren grünen Außenministers Fischer, wonach es keinen besseren Verfassungsvertrag geben werde. Darum, so Breuer, sei ihm unverständlich, dass die Grünen im Landtag vorschlugen, den europäischen Verfassungsvertrag in einem Konvent völlig neu zu verhandeln und den Text grundlegend zu überarbeiten. Früher hätten auch sie davor gewarnt, das verhandelte Paket wieder aufzuschneiden, betonte der Minister und wies darauf hin, dass ja schon 15 Länder den Vertrag ratifiziert hätten. Er, Breuer, habe ein Problem damit, das schon als „gescheitert“ zu bezeichnen. Seine Bitte sei, die Bundesregierung bei der kommenden EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 bei ihrer Initiative zu unterstützen. ■

Zum Symbol des kulturellen Wandels geworden ist die Essener Zeche Zollverein. Sie atmet den Geist der Bauhaus-Architektur und wurde von der UNESCO zum Weltkulturerbe ernannt. Bei ihrem Bau Anfang der 30-er Jahre des vorigen Jahrhunderts galt sie als die modernste Schachanlage. In der Blütezeit arbeiteten hier 5.000 Menschen. Weihnachten 1986 wurde Zollverein stillgelegt. Auf dem Bild das markante Fördergerüst im Essener Stadtteil Katernberg. Foto: Schälte

Ruhrgebiets 8,5 Millionen Euro, von der Stadt Essen sechs Millionen Euro und vom RVR zwölf Millionen Euro aufgewandt würden. Der Ministerpräsident: „Das Land wird sich ebenfalls mit zwölf Millionen beteiligen.“

Claudia Nell-Paul (SPD) zitierte das Motto der Kulturhauptstadt: „Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel“ und freute sich, dass „das Kirchturmdenken“ durch die gemeinsame Bewerbung der Kommunen durchbrochen worden sei. „Hier ist bereits ein kleines Wunder passiert.“ Das Ruhrgebiet sei stark und werde weiter stark werden. Aber sie warnte auch: „Wir sollten uns deshalb davor hüten, Essen das Zepher bei der Kulturhauptstadtplanung aus der Hand zu nehmen.“

Manfred Kuhmichel (CDU) freute sich ebenfalls: „Das war ja mal eine gute Nachricht aus Brüssel!“ Essen sei seit 57 Jahren seine Heimatstadt und gelegentlich sei er bemitleidet worden: „Diese Zeiten sind vorbei!“ Zur Finanzierung merkte er an, im Ruhrgebiet sei über Jahre so viel Kohle gefördert worden, da werde es auch gelingen, die „Kohle“ zu fördern, die für die Kulturhauptstadt nötig sei.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, meinte, Europa habe sich mit dieser Entscheidung selbst einen Gefallen getan. „Essen und die Region haben Europa verführt und werden Europa weiter verführen.“ Die Dimension der Bewerbung, so die Jury, sei mit der aller anderen Projekte unvergleichbar gewesen. Aber: „Die Kulturhauptstadt ist keine Medaille, die man sich anhängt, sondern eine große Herausforderung“, mahnte sie. Deshalb dürfe der Prozess nicht schöne Schminke für ein Jahr sein, sondern müsse den Strukturwandel neu definieren und weiterentwickeln. Kultur sei nicht das Sahnehäubchen, sondern die „Hefe im Teig“.

Ralf Witzel (FDP) lobte, es sei einzigartig, dass eine Region so geschlossen darum gekämpft habe, Kulturhauptstadt zu werden. „Mit den Essenern zitterten 5,3 Millionen Menschen – 600.000 von ihnen haben keinen deutschen Pass und sie stammen aus 140 Nationen.“ Er titulierte die Ruhrregion als „Mona Lisa Europas“ und sagte: „Ruhrkultur ist eben nicht Weimarer Klassik. Auch Mona Lisa ist nicht nur im klassischen Sinne schön. Essen wird es gelingen, mit seinem eigenen Profil zur Mona Lisa Europas zu werden.“ ■

Kultur als Motor des Wandels

Fraktionen gratulieren Essen zur Nominierung durch EU-Kommission

Als großen Tag für die Menschen in Essen, im Ruhrgebiet und darüber hinaus hat Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) den Vorschlag der Jury der Europäischen Kommission bezeichnet, Essen und das Ruhrgebiet zur Kulturhauptstadt 2010 zu benennen. Mit besonderem Engagement werde sich die Landesregierung daran beteiligen, „dass die Kulturhauptstadt 2010 ein großer Erfolg für ganz Nordrhein-Westfalen wird“, versprach der Regierungschef in seiner Unterrichtung des Landtags Anfang des Monats im Plenum.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) erläuterte: „Das Ruhrgebiet ist heute eine der dichtesten und vielseitigsten Kulturlandschaften Europas, obwohl es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts noch kein Kunstmuseum und kein Theater im Ruhrgebiet gab“. Es habe seinen kulturellen Reichtum nicht ererbt, sondern erarbeitet. Heute zähle das Ruhrgebiet nicht weniger als 200 Museen, 100 Kulturzentren, 100 Konzerthäuser, 120 Theater, 250 Festivals und Feste, 3.500 Industriedenkmäler und 19 Hochschulen.

Der Ministerpräsident schlug vor, dass das Land zusammen mit der Stadt Essen, dem Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) und dem Initiativkreis Ruhr eine Kulturhauptstadt GmbH gründet. Oberstes Prinzip sollte das der Nachhaltigkeit sein. „Wir sollten 2010 kein Strohfeuer abbrennen, sondern bis 2010 Strukturen schaffen, die auch über das Kulturhauptstadtjahr hinaus fortwirken, sich möglicherweise auf ganz Nordrhein-Westfalen übertragen lassen“. Wie für das gesamte Land benötige man auch für die Kulturhauptstadt eine systematische Marketing- und Tourismusstrategie, die im

Sinne von Nachhaltigkeit Teil der landesweiten Strategie sein sollte.

Basis für eine nachhaltige Kulturentwicklung sei die kulturelle Bildung der Kinder und Jugendlichen, betonte Rüttgers: „Ich schlage vor, bis zum Jahr 2010 das Ruhrgebiet zu einer Modellregion zu entwickeln, in der möglichst jeder Schüler und jede Schülerin im Laufe der Schulzeit die Chance erhält, auf einem Instrument zu spielen oder in einer anderen Kunstsparte aktiv tätig zu werden, um anschließend – ganz im Sinne von Nachhaltigkeit – die Erfahrungen mit diesem Modell auf das ganze Land zu übertragen.“

Der Ministerpräsident weiter: „Ich bin sicher: Der Stolz und das Selbstwertgefühl in der Region werden zunehmen, das spornt alle zu neuen Innovationen an. Und es wird die gemeinsame regionale Identität festigen, die das Ruhrgebiet mehr denn je nötig hat.“ Zur Finanzierung sagte Rüttgers, Essen habe ein Basisbudget von 48 Millionen Euro angegeben. Bisher sehe die Planung vor, dass vom Bund neun Millionen Euro, von der Wirtschaft des

„Töffte und Trallafitti“

Parlamentarischer Abend Ruhrgebiet: Informativ und unterhaltsam

Endlich Ende der Debatte. Die Abgeordneten hatten lange argumentiert, taktiert und gestritten. Über Stunden und ohne Pause, zuweilen hart und unversöhnlich. So ist das eben bei der dritten Lesung eines Landeshaushalts. Abends war dann alles gesagt und alle hätten eilig auseinander gehen können, ohne sich noch etwas zu sagen.

Aber nicht an diesem Tag: Da war auf Einladung der Präsidentin das Ruhrgebiet im Landtag zu Gast. Und so kam es, dass die politischen Gegner bei einem Pils zusammenstanden, sich einträchtig über die Häppchen hermachten und manchmal gemeinsam schwiegen, um dem abwechslungsreichen Bühnenprogramm zu lauschen. Ein Parlamentarischer Abend mit integrierender Wirkung, dem Ruhrgebiet sei Dank.

Integrieren kann nämlich das Ruhrgebiet seit jeher. Sonst hätte es die Bewerbung um die europäische Kulturhauptstadt 2010 nicht geschafft und wäre nicht gemeinsam so stolz auf den Erfolg. Das war den Akteuren auf der Bühne deutlich anzumerken (und zu gönnen), gleich ob es sich um die Oberbürgermeister von Hamm und Dortmund, Thomas Hunsteger-Petermann und Gerhard Langemeyer, den Direktor des Regionalverbands Ruhr, Heinz-Dieter Klink, Peter Melerski vom Initiativkreis Ruhrgebiet oder den unermüdlichen Promoter des Projekts, Oliver Scheytt, handelte. Scheytt ist im Hauptberuf Kulturdezernent in Essen.

Kultur wechselte auf der Bühne mit Information und Interview, Kabarett und Comedy. Der Obel aus Hamm behauptete von sich, das Wunder von Bern zu sein. Fritz Eckanga gab den Deutschen mit westfälischem Migrationshintergrund. Bodo Berg berichtete unter dem Motto „Dem Ball is' egal wer ihn tritt“ über Fanarbeit gegen Rassismus und Gewalt in den Fußballstadien. Musicalstar Janine Brinkert brachte Ausschnitte aus „Elisabeth“ und „Mozart“ zu Gehör. Junge Leute von der Folkwang-Hochschule sangen erfrischend aus ihrem Repertoire und Günter Papendell vom Musiktheater im Revier gab eine Kostprobe.

Melodien aus „Elisabeth“ und „Mozart“: Janine Brinkert



Fotos: Schälte

Die Künstlerinnen und Künstler des Abends hatten mit einem gewissen Hintergrundrauschen von rund 1.000 geladenen Gästen zu kämpfen. Souverän ignorierten sie es oder setzten sich gegen den Pegel durch. Zu Hilfe kam ihnen sicherlich, dass mit Fortschreiten des Programms der eine oder andere Besucher im Hohen Hause der Stimme seines Magens folgte – das Herz (es schlägt ja ohnehin für das Revier) ließ er vor der Bühne zurück. Aus dem Souterrain des Landtags duftete es gar zu verführerisch. Die regionale Küchenkunst, nachdem sie in der Bürgerhalle schon mit Fingerfood („Bochum kulinarisch“) Appetit gemacht hatte, bot im Restaurant eine Treppe tiefer an, was sie hergab: Ruhrzander auf jungem Wirsing, Brot mit Zwiebelmettwurst, die so genannte „Steigerknifte“, und – Klischees müssen bedient werden – Currywurst Schranke, wie die Landtagspräsidentin launig angekündigt hatte.

Wer seinen ersten Durst und Hunger gestillt hatte, der konnte aus den an diesem Abend weit offen stehenden Glastüren aus dem Restaurant nach draußen treten. Dort hatte der



Die OB's aus Hamm und Dortmund mit Moderator Karl-Martin Obermeyer (r.)

Deutsche Schaustellerbund ein paar Proben seiner Kirmeskunst aufgefahren: einen historischen Schaustellerwagen, der besichtigt werden konnte, eine Wurfprobe, ein Stand mit gebrannten Mandeln, Orgeln und – Inbegriff mannhaften Kirmesvergnügens – einen „Haut den Lukas“. Der hatte viel einzustecken, die Rufe der Schadenfreude oder der Anerkennung aus dem Publikum schallten an diesem Abend weit über den Rhein.

Da waren die Worte aus der Eröffnungsrede von Landtagspräsidentin Regina van Dinther schon verklungen. Sie hatte ein „töffte“ Programm angekündigt und damit Recht behalten. Kein Wunder, gehörte die Präsidentin doch zu den 38 Abgeordneten aller Fraktionen aus dem Ruhrgebiet, die als „Kinder des Reviers“ Verantwortung für den Abend übernommen hatten. Regina van Dinther vergaß auch nicht die Sponsoren, darunter die Sparkassen und das Werkarztzentrum in Recklinghausen: Die seien nicht „knepig“ gewesen und hätten dafür gesorgt, „dass heute Abend hier richtig Trallafitti ist“. Das war's dann auch, bis kurz nach Mitternacht. JK



Robert Meier (109), ältester NRW-Bürger



Soulsänger Nelson aus Essen

Das Revier – eine Region im Wandel

Interviews mit Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet

Gestärkt durch die Kulturhauptstadt-Ehre trat das Ruhrgebiet zur Leistungsschau im Rahmen des Parlamentarischen Abends im Landtag an. Grund für die Vorstellung der Regionen ist das 60-jährige Landesjubiläum Nordrhein-Westfalens. Doch allein die Freude über den ersehnten Titel löst nicht die strukturpolitischen und demographischen Probleme im Revier. Jetzt geht es darum, aus der derzeitigen Siegesstimmung einen Schub für die gesamte Region abzuleiten. Wie der aussehen kann, darüber sprach „Landtag intern“ mit Manfred Kuhmichel (CDU), Markus Töns (SPD), Barbara Steffens (GRÜNE) und Ralf Witzel (FDP).

Am vierten Regionalabend hat sich das Ruhrgebiet im Landtag vorgestellt: Lästige Lobbyarbeit oder nachhaltige Werbung fürs Revier?

Kuhmichel: Eindeutig das Letztere! Das war ein ganz toller Abend. Es waren sehr viele Gäste da, auch die Stimmung war gut. Man merkte, dass das Wir-Gefühl im Ruhrgebiet wächst und gedeiht. Die erfolgreiche Kulturhauptstadtbewerbung tut das ihrige dazu. Abgeordnete aller Fraktionen waren zahlreich vertreten und haben deutlich ge-



Manfred Kuhmichel (CDU)

macht, dass das Ruhrgebiet keiner Partei gehört, sondern den Menschen aus dem Revier. An dieser Stelle möchte ich übrigens auch der Landtagsverwaltung ein großes Lob aussprechen, ohne deren Engagement der Abend so nicht hätte ablaufen können.

Töns: Ich bin fest davon überzeugt, dass das nachhaltige Werbung fürs Revier war. Wir hatten das Glück, dass der Regionalabend zeitlich mit der Entscheidung über die Kulturhauptstadt 2010 zusammenfiel. Für Essen und das gesamte Ruhrgebiet ist das eine historisch

einmalige Entwicklung, die der gesamten Region einen Schub geben wird. Auf den Abend bezogen möchte ich sagen, dass wir eine tolle Veranstaltung hatten. Erfreulich fand ich, dass es gelungen ist, den Landtag an diesem Abend im wahrsten Sinne des Wortes als offenes Haus zu präsentieren und am Rheinufer eine für das Revier typische Atmosphäre mit Pils und Currywurst aufkommen zu lassen. Doch zudem haben wir auch gezeigt, was das Ruhrgebiet sonst noch zu bieten hat. So haben wir beispielsweise bewusst auf den Bergmannschor verzichtet und dafür einen Soulsänger aus Essen ins Programm aufgenommen.

Steffens: Der Abend war mehr als nur eine Werbeveranstaltung. Sicherlich, er diente einerseits dem Ruhrgebiet, um sich und seine Stärken nach außen hin zu präsentieren. Darüber hinaus diente er aber auch als Kommunikationsplattform für die Menschen aus dem Ruhrgebiet. Ich habe den Eindruck, dass Kommunikation und Austausch der Ruhrgebietsstädte untereinander nicht so funktioniert, wie es funktionieren müsste. Von daher kann so ein Abend für viele Seiten hilfreich sein. Insgesamt gesehen muss der Landtag jedoch Acht geben, mit solchen Veranstaltungen nicht inflationär umzugehen und in der Bevölkerung als „Partybude“ wahrgenommen zu werden.

Witzel: Ich habe den Regionalabend als gute Werbung für das gesamte Revier empfunden. Natürlich kann ein solcher Abend immer nur einzelne Ausschnitte einer Region herausstellen. In den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Sport hätten wir noch mehr zu bieten gehabt. Insgesamt ist es jedoch gut gelungen, eine ansprechende Mischung aus ersten Themen wie Wirtschaft, Kunst und Kultur auf der einen sowie Tradition und lockerem Ambiente auf der anderen Seite herzustellen.

Das Ruhrgebiet kann den Strukturwandel nicht aus eigener Kraft schaffen. Muss es bei der Bewilligung von Fördermitteln künftig die Konkurrenz anderer Regionen fürchten?

Kuhmichel: Das Ruhrgebiet ist in der Vergangenheit ein Stück weit politisch bevormundet worden. Gegenüber anderen Regionen haben wir einige strukturelle Schwächen, an denen wir arbeiten. Wir wollen die Bürokratie abbauen, wir wollen die Selbststeuerung fördern und die Region von Bevormundung befreien. Aber das gelingt nicht von heute auf morgen. Dabei muss sich das Ruhrgebiet nach Meinung der CDU-Fraktion ganz klar dem Wettbewerb stellen. Einfach nur auf Bewilligungsbescheide zu warten und darauf zu hoffen,



Markus Töns (SPD)

für politisches Wohlverhalten belohnt zu werden – das kann es nicht sein. Wir sind daher bereit uns daran messen zu lassen, inwieweit Steuergelder sinnvoll genutzt werden, um das Ruhrgebiet nach vorne zu bringen, statt zig Millionen Euro für unrentable Leuchtturmprojekte wie zum Beispiel HDO zu vernichten. Die Förderung des Mittelstandes hat oberste Priorität.

Töns: Damit muss das Ruhrgebiet rechnen, weil es ab 2007 eine Umstellung der Förderrichtlinien geben wird. Es entspricht dem Willen des Landtags, künftig alle Bereiche des Landes in diese Förderung mit einzubeziehen. Trotzdem werden wir darauf achten müssen, dass das Ruhrgebiet nicht benachteiligt wird, da der Förderbedarf weiterhin hoch sein wird. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass die Europäische Kommission bei der Mittelverteilung ein wichtiges Wort mitreden wird und nicht dem Wunsch einiger politischer Vertreter aus dem ländlichen Raum entsprechen wird, die För-

dermittel nach dem Gießkannenprinzip übers Land zu verteilen. Trotzdem muss sich das Ruhrgebiet darauf einstellen, dass die Höhe der Mittel zurückgehen wird.

Steffens: Man muss Rahmenbedingungen schaffen, die auch nach den ab 2007 gültigen Richtlinien finanz- und strukturschwachen Kommunen die Möglichkeit einräumen, in bestimmte Förderbereiche mit hereinzukommen. Derzeit steht die Frage im Raum, wie diese Förderbedingungen aufgestellt werden sollen, um die zukünftigen Ziel-2-Mittel allen erschließbar zu machen. Wir haben bei allen EU-Förderprogrammen das Problem der kommunalen Kofinanzierung. Das wiederum stellt ein besonderes Problem für das Ruhrgebiet dar, da viele Städte und Gemeinden unter Haushaltssicherung stehen. Hier darf es keine Regelung geben, die Haushaltssicherungs-Kommunen bei Fördermaßnahmen außen vor lässt, weil diese kein Geld für die Kofinanzierung haben. Wenn man diesen Gemeinden den Geldhahn zudreht, würde das bedeuten, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Witzel: Selbstverständlich kann und muss die Ruhrregion einen nachhaltigen Beitrag zu ihrer eigenen strukturpolitischen Modernisierung leisten. Bei der Verteilung von Fördermitteln sind in der Vergangenheit viele Fehler gemacht worden. Beispiel HDO: Hier sind Millionensummen versenkt worden. Zudem leidet das Ruhrgebiet bis heute unter standortpolitischen Fehlentscheidungen jahrzehntelanger Monostrukturen. So haben wir die niedrigste Selbstständigquote in ganz NRW. Hier muss die Region neue Prioritäten setzen. Zum zweiten Teil der Frage: Unterstützungshilfen für Regionen in Phasen struktureller Anpassung halte ich für richtig und notwendig. Selbstverständlich muss sich auch das Ruhrgebiet der Konkurrenz bei der Mittelverteilung stellen. Interessanter ist jedoch eine andere Frage: Wie ist es zu rechtfertigen, dass wir die Haushalte von Ruhrgebietskommunen durch Solidaritätszahlungen in die neuen Bundesländer immer weiter verschul-

den, obwohl die wirtschaftlichen Indikatoren dort zum Teil besser sind als in manchen Bereichen des Ruhrgebiets? Da müssen wir einen neuen Verteilungsschlüssel zugrunde legen.

Was ist dran an der Befürchtung, das Ruhrgebiet sei im Begriff, zum Armenhaus und Altersheim der Nation zu verkommen?

Kuhmichel: Ich weiß um die Vorurteile, halte sie aber für hoffnungslos übertrieben. Das Ruhrgebiet ist keine sterbende Region, sondern eine Region, die sich im Wandel befindet. Das Ruhrgebiet hat in den letzten Jahren unheimlich an Attraktivität gewonnen. Ich lebe lange genug im Ruhrgebiet um zu wissen, wie es früher hier einmal ausgesehen hat. Auf der anderen Seite weiß ich natürlich um die Probleme im Revier. Es hat in der Vergangenheit viele Planungsünden gegeben. Diese gilt es nun gezielt anzugehen. Dafür müssen wir Investoren suchen. Die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe ist ein Schritt in die richtige Richtung, um eine soziale Durchmischung in bestimmten Problemgebieten zu erhalten. Darüber hinaus müssen wir die Kinder-, Schul- und Jugendbildung weiter ausbauen, um auch für junge Eltern Anreize zu schaffen, sich im Ruhrgebiet niederzulassen beziehungsweise zu bleiben.

Töns: Das sehe ich nicht so. Es gibt längst Städte im Ruhrgebiet, die den demographischen Wandel als Herausforderung und Chance begreifen. Städte können sich auch einer veränderten gesellschaftlichen Entwicklung anpassen und neue Wege gehen. Hierzu zählen beispielsweise Wohnkonzepte, wo Alt und Jung sowie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenleben und einander helfen. Wenn wir diese Ideen weiter verfolgen, dann läuft das Ruhrgebiet nicht Gefahr, sich zum Armenhaus zu entwickeln. Fakt ist, das Ruhrgebiet wird älter und bunter. In puncto gelebte Integration ist das Ruhrgebiet vielen anderen Städten und Regionen weit voraus. Zudem hat die hohe Lebensqualität im Ruhrgebiet dazu geführt, dass sich der Trend der Abwanderung ins Umland mittlerweile ins Gegenteil verkehrt hat.

Steffens: Das Ruhrgebiet hat im Vergleich zu den übrigen Regionen in NRW den höchsten Altersdurchschnitt. Demnach ist das Ruhrgebiet eine Art Modellregion, wenn es darum geht, die Probleme der demo-

graphischen Entwicklung zu bewältigen. Als solche sollte sie auch vom Land angesehen und unterstützt werden. Eine zusätzliche Herausforderung ist die Tatsache, dass das Ruhrgebiet mit einem hohen Migrationsanteil alt wird. Einige Ruhrgebietsstädte haben bereits hervorragende Modelle und Projekte entwickelt, um dieser Entwicklung städtebaulich, sozial- und integrationspolitisch zu begegnen. Es kann und darf nicht sein, dass wir unsere Mitmenschen ab einem gewissen Alter in Altenheime abschieben. Wir müssen vielmehr Voraussetzungen für ein gutes und menschenwürdiges Zusammenleben schaffen, unabhängig von Alter, Nationalität und sozialer Herkunft. Das Revier geht hier mit gutem Beispiel voran.

Witzel: Die Bevölkerungsprognosen zeigen, dass es in NRW eine regional unausgewogene Entwicklung gibt. Bezogen auf das Ruhrgebiet sehe ich die Gefahr, dass wir hier im negativen Sinne abgekoppelt werden. Wir haben aber Gestaltungsmöglichkeiten, um dieser Entwicklung vor Ort aktiv entgegenzuwirken. Wir brauchen mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit, damit junge



Barbara Steffens (GRÜNE)



Ralf Witzel (FDP)

Familien die Ruhrregion nicht verlassen. Das Revier könnte zudem mehr attraktives Bauland als Zuzugsort ausweisen. Ansonsten gehören ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem und ein gut ausgebautes Netz von Betreuungsangeboten zu den wichtigsten Voraussetzungen, um eine Region für junge Menschen attraktiv zu gestalten. Hier ist die Koalition mit dem neuen Schulgesetz, der Einrichtung von Familienzentren und der Ausweitung der Sprachförderung sowie der Betreuungsplätze für unter Dreijährige auf einem guten Weg.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer



Foto: Schälte

Raus aus dem Tal der Tränen

Das Ruhrgebiet besinnt sich auf seine Stärken

Wer heute einmal des Nachts über das Ruhrgebiet fliegt und bei klarem Wetter aus dem Flugzeug nach unten schaut, der sieht ein riesiges Lichtermeer, durchzogen von den leuchtenden Bändern des Autoverkehrs. Eine der größten Stadtlandschaften der Welt, eine einzige Metropole, so sieht es aus der Vogelperspektive aus.

Aber das Ruhrgebiet war nie ein zentralisierter Ballungsraum wie Paris oder London. Diese Region besteht aus einer Ansammlung größerer und kleinerer Städte, Stadtteilen, ja Dörfern. Grenzen sind von oben nicht auszumachen. Aber die unterschiedliche Mentalität der Menschen, die Konkurrenz und die Zugehörigkeit zu mehreren Verwaltungsräumen haben bisher bewirkt, dass ein Zusammengehörigkeitsgefühl nur schwer entstehen konnte.

„Es kommt auf jede Tonne Kohle an“ hatte es 1948 geheißt. Jedermann war klar: Wenn das zerstörte Deutschland wieder auf die Beine kommen wollte, dann brauchte es dazu viel Energie. Sie lag in Form mächtiger schwarzer Flöze unter den Füßen der Menschen im Kohlenpott und musste nur ans Tageslicht geholt werden. Das taten zur Blütezeit der Montanindustrie an Rhein und Ruhr mehr als eine halbe Million Menschen in 173 Zechen. Der Höhepunkt der Förderung war 1957 erreicht: 149 Millionen Tonnen.

1966 wehen schwarze Fahnen an der Ruhr. Die erste Kohlekrise ist auf dem Höhepunkt. Öl verdrängt die Kohle: Ein Stoff, der – damals jedenfalls – sauberer, einfacher, billiger und massenhaft vorhanden war. Das Wort vom Zechensterben macht die Runde. Die Politik ist angesichts des Zorns der Menschen und der Heftigkeit des Protestes fast hilflos. Ein Anpassungsplan nach dem anderen versucht, die Entwicklung in halbwegs erträgliche Bahnen zu lenken.

Schnitt. Heute beschäftigt der Steinkohlenbergbau an der Ruhr noch 42.000 Menschen

auf neun Schachtanlagen (Ende 2005). Die jährliche Förderung liegt bei gut 25 Millionen Tonnen. Im Gespräch ist die weitere Absenkung auf einen Fördersockel von 16 Millionen Tonnen, der für 2012 geplant ist.

Bergbau ade, ganze Kokereien und Stahlwerke nach China verfrachtet – das Ruhrgebiet ist längst nicht mehr das „Revier“, auch wenn es immer noch so genannt wird. Die Montanindustrie dominiert nicht länger das wirtschaftliche Geschehen. Dienstleistung, Innovation, Wissen und Bildung, Kultur und Logistik, Medien und Sport, Umwelt und Sonnenenergie bestimmen das Bild. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch im Alltag und im Bewusstsein der Menschen, die hier leben.

Schon vor den 60-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatten die Planungen zu den Universitäten Bochum und Dortmund begonnen, später folgten die als Reformhochschulen gegründeten Standorte Duisburg, Essen und Hagen mit seiner Fernuniversität. Die Folkwang-Hochschule genießt Weltruf. Zahlreiche Museen zeigen ihre Schätze. Der Regisseur Helmut Zadek, vor kurzem 80 geworden, schockiert am Bochumer Schauspielhaus mit viel beachteten Inszenierungen und produziert entsprechende Schlagzeilen. In Recklinghausen und darüber hinaus machen die Ruhrfestspiele (wieder) von sich reden. Die Ruhr-Triennale unter ihrem Intendanten Jürgen Flimm holt Orchester, Schauspieler, Tänzer und Kreative aller Richtungen in ehemalige Kraftwerkszentralen, Gebläsehallen, Waschkauen.

Aus aller Welt landen Waren und Güter per Bahn, per Schiff oder per Lkw im Logport Duisburg und werden dort auf der „Warendrehscheibe Europas“ verteilt. Das Ruhrgebiet ist auf einmal, scheint es, wieder „in“. Thyssen-Krupp überraschte vor kurzem mit dem Entschluss, seinen Sitz von Düsseldorf nach Essen zu verlegen. Siemens investiert in ein neues Turbinen-Testzentrum in Duisburg. Der Aufbruch ist mit den Händen zu greifen.

Strukturwandel ist das Zauberwort. Vor Jahren wäre ein Einkaufszentrum wie das Centro in Oberhausen undenkbar gewesen. Internationale Bauausstellungen haben das Gesicht des Reviers stärker verändert als die Bomben des Zweiten Weltkriegs und der Tod der Zechen. Im Norden des Reviers wird ein Jahrhundertprojekt angepackt, die Renaturierung der Emscher, die von den Anwohnern nur „Köttelbecke“ (Übersetzung nicht nötig) genannt wurde. Die alten Halden werden mit Kunstwerken gekrönt, im Bottrop rutscht man auf Kunstschnee den Berg herunter oder sucht im Moviepark Ablenkung. Im Ruhrgebiet sind die Menschen wieder optimistisch, draußen reibt man sich die Augen: Das soll der „kranke Mann an der Ruhr“ sein? Der strotzt ja auf einmal vor Selbstbewusstsein! JK

Das Revier in Zahlen

Bewohner	5,4 Millionen
• davon mit Migrationshintergrund	0,64 Millionen
• Arbeitslose (März 2006)	376.203
• Arbeitslosenquote	15,1 Prozent
Fläche	4.434 km ²
Ausdehnung	
• West-Ost	116 km
• Nord-Süd	67 km
Höchster Punkt	420 m über NN (Breckerfeld)
Niedrigster Punkt	14 m über NN (Xanten)
Kreisfreie Städte	11
Kreise	4
Regierungsbezirke	3
Landschaftsverbände	2
Regionalverband Ruhr	1
Überörtliche Straßen	4.700 km
Schiennetz Personenverkehr Bahn	1.470 km
Wasserstraßennetz	250 km

Diese Türen bleiben bald geschlossen, wenn nicht noch ein Wunder geschieht. Sie gehören zur Heilig Kreuz Kirche in Gelsenkirchen-Ückendorf. Sie entstand unter großen finanziellen Opfern der Ückendorfer Gemeinde Ende der 20-er Jahre des vorigen Jahrhunderts und ist ein beeindruckendes Beispiel für expressionistische Backsteinarchitektur, geschaffen von dem in Wattenscheid geborenen Architekten Josef Franke.

Foto: Schälte

pischen Landeskirche: Von einer Viertelmillion im Jahr 1990 sei die Förderung in diesem Jahr auf sage und schreibe 20.000 Euro zurückgefahren worden – „das ist völlig unzureichend“.

Sein Amtskollege vom Katholischen Büro, Prälat Dr. Karl-Heinz Vogt, fand, dass Kirchen mehr seien als der Gottesdienstraum einer Gemeinde. Sie seien auch ruhende Pole und Orientierungsmarken für Menschen. Aber, so Vogt: „Jetzt beginnt es ernst zu werden. Die Abrissbirne droht“. Wenn überhaupt, dann könne der völlige Abbruch einer profanisierter Kirche nur das letzte Mittel – ultima ratio – sein. Besser sei es, nach einer weiteren liturgischen Nutzung durch die eigene Kirche oder andere christliche Kirchen oder kirchliche Gemeinschaften zu suchen. Im Übrigen wäre es eine „spürbare Entlastung“, den halben Mehrwertsteuersatz für Arbeitsleistungen an denkmalgeschützten Gebäuden einzuführen. Die Bistümer in NRW zahlten heute mehr Mehrwertsteuer an den Staat, als sie von ihm an öffentlicher Förderung für die Denkmalpflege erhalten, rechnete Vogt vor.

Die kommunale Bank sah die Kirchen mit Pflege und Erhalt von Kirchengebäude im erforderlichen Umfang überfordert – „eine äußerst bedenkliche Entwicklung“. Für Städtetag und Städte- und Gemeindebund verlangte deren Sprecher Rainer Rossmann Klarheit darüber, welche Kirchen für den eventuellen Abriss oder die Umwidmung vorgesehen sind: Die Kommunikation zwischen Kirchenämtern, Denkmalpflegern und Stadtentwicklern müsse wesentlich intensiver werden. Für Stiftungslösungen fand er es vielversprechend, verstärkt das bürgerschaftliche Engagement zu mobilisieren.

Die beiden Sprecher des rheinischen und des westfälischen Denkmalpflegeamts, Dr. Christoph Machat und Dr. Ursula Quednau, verlangten genügend Zeit (und Geld des Landes), um die denkmalwürdigen Kirchen zu erfassen und nach wissenschaftlichen Kriterien zu bewerten. Nicht alles, aber ein Teil dessen, was aufgegeben werde, sei denkmalwürdig: Etwa ein Drittel wurde geschätzt. Aber auch dann stellen die Gebäude Integrationspunkte für Stadtteile dar. Zumal wenn, wie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts geschehen, nicht nur Kirchen, sondern Gemeindezentren ganz bewusst als architektonische Kunstwerke gebaut worden sind.

JK

Gotteshäuser schließen ihre Pforten

Für aufgegebene Kirchen wird eine vertretbare neue Nutzung gesucht

Wenn Kirchen nicht mehr gebraucht werden – geht das nur die Gemeinde an oder auch die Gesellschaft? Was soll aus den ungenutzten Gottesdiensträumen werden: eine Kneipe, ein Geschäft, eine Moschee? Sollen sie lieber leer stehen oder gar abgerissen werden? Die Landesregierung ist der Meinung, dass an einer städtebaulich verträglichen Nutzung ein öffentliches Interesse besteht und hat darum den Kirchen Planungshilfe angeboten. Der Hauptausschuss des Landtags (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) hat die Beteiligten an einen Tisch gebracht und im Rahmen einer Sachverständigenanhörung auf der Grundlage eines Antrags der Grünen (Drs. 14/1108) das Thema ausgeleuchtet.

Bistum Essen. Kleinstes deutsches Bistum und besonders betroffen. Und besonders schnell: Als erste haben die Essener über die neue Pfarrenstruktur nachgedacht und sind an die Öffentlichkeit gegangen. 96 und damit ungefähr die Hälfte der Kirchen im Bistum werden nicht mehr für liturgische Zwecke gebraucht. Für sie stehen keine Kirchensteuermittel mehr zur Verfügung. Sie aus eigenen Mitteln zu erhalten, überfordert offensichtlich die Pfarren und das Bistum.

Dr. Herbert Fendrich, Bischöflicher Beauftragter für Kirche und Kunst, sagte den Abgeordneten, die einmalige Landschaft der Kirchengebäude im Revier sei „enorm gefährdet“. Es würden neue Nutzungen gesucht, die man

verantworten könne. Ob das immer zeitnah zu verwirklichen sei, stehe in Frage. Abbruch schloss Fendrich aus und schlug zur nachhaltigen Sicherung (und um in Ruhe nach einer neuen Verwendung zu suchen) eine Stiftung vor, „die das Land mit ausreichend Kapital ausstattet“.

Den Stiftungsgedanken fand auch der Sprecher der Evangelischen Kirchen, Kirchenrat Rudolf Krebs, nicht unsympathisch, wenn er auch bei der Gewinnung von Stiftungskapital „etwas mehr Phantasie“ anregte. Er nahm das Land bei den Mitteln zur Denkmalpflege in die Pflicht: Die seien nicht noch weiter zu reduzieren, sondern mittelfristig wieder anzuhäufen. Krebs illustrierte das am Beispiel der relativ kleinen Lip-

Foto: Schälte

Streit um die Zukunft der Polizei

Lebhafte Sitzung über Regierungspläne zur Strukturreform

Der Sitzungssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Oppositionsführerin Hannelore Kraft (SPD) – eigentlich nicht einmal Mitglied des Gremiums – hatte hinter sich die gesamte Führung des Polizeipräsidiums Mülheim versammelt. Moralische Unterstützung und fachliche Beratung für die Debatte unter anderem auch über die Zukunft dieser Behörde. Die zukünftige Struktur der NRW-Polizei beschäftigte Mitte Mai den Innenausschuss des Landtages (Vorsitz Winfried Schittges, CDU).

Neben dem Bericht von Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) zum Stand der Binnenorganisation der Kreispolizeibehörden stand das Gutachten von Professor Dr. Jürgen Weibler (Vorlage 14/340) im Mittelpunkt. Der Hagener Wissenschaftler begleitet seit Dezember 2004 die Polizeipräsidien Aachen und Köln bei ihrem Versuch, neue, effektivere Führungsstrukturen in der Behörde zu etablieren. „Ein erfolgreiches und durchaus übertragbares Modell“, so die Quintessenz seines 140-Seiten-Berichts.

Insbesondere strategische Führung, strukturell bedingte Doppelarbeit und die Verankerung in der Region sind laut Weibler Schwachpunkte der heutigen Polizeistruktur. Kernaufgaben bündeln, einheitliche Verantwortungsstrukturen schaffen und die Leitung auf eine kooperativ-dialogische Ebene in der Leitungskonferenz heben, so die Lösungsansätze des von Weibler vorgeschlagenen Direktionsmodells. Gerade bei der Verkehrsunfallbekämpfung aber auch im Bezirks- und Schwerpunktdienst verzeichne man große Fortschritte.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) interessierte sich auch für mögliche Rückschlüsse auf eine Veränderung der äußeren Behördenstruktur. „Kann, muss aber nicht“, so Weiblers Antwort. Horst Engel (FDP) freute sich über die „Er-

kenntnisse zur Ressourcenverantwortung“. Ein anderer Abgeordneter räumte ein: „Ich gebe zu, wir waren seinerzeit durchaus kritisch, wollten eine flächendeckende Schwachpunktanalyse“, sagte CDU-Sprecher Theo Kruse und fand lobende Worte für Modellversuch und Bericht. Er wollte aber wissen, „wann die Bürger Ergebnisse sehen“.

„Wenn das funktioniert, warum genehmigen Sie dann jetzt noch teilweise abweichende Parallelprozesse unter anderem im Oberbergischen und in Soest“, wollte Monika Düker (GRÜNE) vom Innenminister wissen. „Das sind Ergebnisse einer Debatte des Ministeriums mit den Kreispolizeibehörden“, sagte der Vertreter des Ministers und verwies auf die Tatsache, dass es sich nur um eine Auswahl aus zahlreichen Anträgen handele. Um Projekte, „die in die gleiche Richtung gehen“. Analog auch zur Weiblerschen Empfehlung, einen Prozess der gelenkten Selbstentwicklung zu initiieren.

Ein Schritt auf diesem Weg: Das von der Landesregierung vorgelegte Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes (Drs. 14/929). Die Fraktionen der CDU und der FDP legten in Folge der vorangegangenen Anhörung einen Entschließungsantrag (Drs. 14/1878) vor, die SPD brachte (Drs. 14/201) noch einmal die Themen Autobahn- und Wasserschutzpolizei aufs Tapet. Am Ende vergeblich – mit den Stim-

men der Koalition kamen Gesetzentwurf und Entschließungsantrag durch.

Doch vor die Abstimmung hatte die Tagesordnung die Auswertung der Anhörung gesetzt: Eine Ohrfeige für den Entwurf des Innenministers, so die Einschätzung der Opposition, hatten die Experten doch durchgehend ein erkennbares Konzept vermisst. „Erstaunlich, mit wie viel Chuzpe Sie sich über Sachverstand hinwegsetzen“, argumentierte Rudolph. „Das sind ja auch Betroffene“, zeigte sich der Innenminister jedoch wenig beeindruckt. „Die Kritik hat Niederschlag in unserem Entschließungsantrag gefunden“, konterte Werner Lohn (CDU). Auch wenn man von dem Kompromiss nicht begeistert sei, verwies er doch auf zusätzlich frei werdende 145 Stellen für den Dienst auf der Straße. „In Relation zu 480 Einstellungen pro Jahr eine Menge.“

Eine Zahl, die Monika Düker erst noch belegt sehen wollte: „Der Minister bleibt hier im Ungewissen.“ Ein Vorwurf, den sich die Landesregierung auch mit Blick auf das weitere Vorgehen bei der Zusammenlegung von Behörden gefallen lassen musste. Derzeit ist die Eingliederung des Polizeipräsidiums (PP) Leverkusen in das PP Köln und des PP Mülheim ins PP Essen geplant. „Und wer kommt dann?“, warf eine vehement um den Standort Mülheim kämpfende Oppositionsführerin der CDU vor, vor der FDP und dem Innenminister einzuknicken. Wenn es nach Reihenfolge der anstehenden Pensionierungen gehe, dann doch wohl Krefeld, vermutete Kraft. Aber da verspreche Winfried Schittges ja, dass nichts passiere.

Das wies der Ausschussvorsitzende vehement zurück. Wenig Verständnis für die Aufregung um Mülheim hatte auch Horst Engel (FDP). „Da wird nicht eine Wache geschlossen, nur die Organisation in Essen zentralisiert“, erklärte er und verwies auf die Pläne der Scheukommission aus rot-grünen Regierungszeiten. Die hatte 2005 die Reduzierung der Polizeibehörden von 50 auf 16 gefordert. „Dann gäbe es Mülheim heute schon gar nicht mehr.“ *vol*

Eingliederung nach Köln ...

... das wollen über 43.000 Bürgerinnen und Bürger aus Leverkusen nicht. Sie wenden sich mit ihrer Unterschrift dagegen, dass nach dem Willen der Landesregierung das Polizeipräsidium in Leverkusen aufgelöst und die Behörde im Polizeipräsidium der großen Nachbarstadt Köln aufgeht. Eine Leverkusener Delegation, an ihrer Spitze Oberbürgermeister Ernst Küchler (r.), überreichte vor kurzem die Unterschriftenliste in neun Aktenordnern an den Innenausschussvorsitzenden Winfried Schittges (l.)

Foto: Schälte



Anhörung

des Ausschusses für
Schule und Weiterbildung

Thema:

„Mitspracherecht der Kommunen erhalten und
Eigenverantwortung unserer Schulen stärken“

11.15 Uhr - 14.00 Uhr
Plenarsaal

Ungeliebtes Spitzenamt

Kommunale Mitsprache in Schulfragen als Thema einer Anhörung

Kann es angehen, dass demnächst Lehrer – gemeinsam mit Eltern und Schülern – darüber entscheiden, wer Schulleiter wird und damit den Chefposten einnehmen soll? Ist der kommunalen Beteiligung mit dem Vetorecht des Stadtrates tatsächlich Genüge getan? Sind Schulleiter eigentlich qualifiziert eine Schule zu führen? Warum gibt es so wenig Kandidaten für Leitungsstellen? Vier Punkte, an denen sich eine ganze Debatte entzündet. Das Mitspracherecht der Kommunen und die Eigenverantwortung von Schule – beides geregelt im neuen Schulgesetz der Koalition – waren Gegenstand einer Anhörung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD).

Foto: Schälte

Einig waren sich alle Sachverständigen, dass es – gerade angesichts von künftig größerer Selbstständigkeit der Schule – Handlungsbedarf beim Schulleiternachwuchs gibt. „Sie müssen Rektoren besser ausbilden und besser bezahlen“, schrieb Guido Kahlen, Beigeordneter der Stadt Köln, der Landespolitik ins Stammbuch. Wenn Hauptschulleiter neben ihren Managementaufgaben noch bis zu 14 Stunden, Grundschulrektoren 18 Stunden unterrichten müssten, dürfe man sich nicht wundern, wenn allein in Köln 54 Leitungsstellen teilweise seit vier Jahren vakant seien.

Statt ein neues System bei der Vergabe von Funktionsstellen einzuführen, solle man lieber die Stellen attraktiver machen und das alte im Detail verbessern. „Wir brauchen ortsnahe Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur“, unterstützte Franz-Josef Schumacher vom Landkreistag die Forderung unter anderem nach mehr Personal für Administration und Pausenaufsicht. Gerade hier gebe es Schnittstellen zur kommunalen Verantwortung. „Wie wollen fünf Bezirksregierungen 6.500 Schulleiter beraten?“, fragte Schumacher und setzte auch hier auf die örtlichen Schulämter.

Wer nicht Schulkarrieren, sondern Bildungsverläufe als Gesamtproblematik betrachte, erkenne schnell, wie notwendig Einbettung in das System Kommune sei, berichtete Gerhard Engelking vom Modellprojekt im Kreis Her-

ford. Gerade auf kommunaler Ebene, ergänzte Klaus Hebborn für den Städtetag, gebe es in den letzten Jahren einen Paradigmenwechsel: Weg von der Sachmittelverwaltung, hin zur aktiven Unterstützung. Für Schulen schreibe der Gesetzentwurf das richtigerweise fort, lobte Hebborn. Die Möglichkeiten der Kommune schränke die Landesregierung allerdings ein: „Das ist schlecht.“

VETORECHT

Kritik am neuen Verfahren, Schulleiter von der Schulkonferenz wählen zu lassen, äußerte Claus Hamacher im Namen des Städte- und Gemeindebundes. Das Vetorecht bei Zweidrittelmehrheit im Rat sei Theorie. Mit Aufgabe des kommunalen Vorschlagsrechtes schwäche das Land die Kommunen: „Genau das Gegenteil ist aber nötig.“

Auf erhebliche rechtliche Probleme wies in diesem Zusammenhang Peter Silbernagel hin. Der Vorsitzende des Philologenverbandes zitierte ein Gutachten, das ein Wahlverfahren durch die Schulkonferenz als verfassungswidrig einstufte. Sein Alternativvorschlag stieß bei Abgeordneten wie Experten auf Interesse: Die Wahl des Schulleiters weiter der Kommune und das Vorschlagsrecht der Schulaufsicht überlassen. Der Schulkonferenz wird ein erweitertes

Anhörungsrecht eingeräumt. Vergeben werden Leitungsposten zunächst zwei Jahre auf Probe, am Ende der Zeit prüft die Schulaufsicht. Gemeinsames Ziel soll sein, mindestens zwei Bewerber pro Stelle zu haben. Deshalb sollte das Land ein Konzept für Führungsseminare vorlegen, so der Vorschlag.

Eine andere Möglichkeit hatte Rolf Steuwe vom Bildungspolitischen Netzwerk der CDU im Gepäck. Er stellte dem bisherigen Verfahren in der Praxis ein schlechtes Zeugnis aus und verwies auf das in Schleswig-Holstein praktizierte Verfahren eines von Schule und Kommune besetzten Schulleiterrausschusses. Noch einmal überdacht wissen wollte er auch die Regelung zur Wiederwahl. Dort sieht der Gesetzentwurf ebenfalls die Schulkonferenz in der Pflicht.

Ein klares Ja zur Schulleiterwahl durch die Schulkonferenz gab es von Professor Hermann Hansis. Für den Verband der Lehrerinnen und Lehrer empfahl er, auch hausinterne Bewerbungen zuzulassen: „Meinetwegen kann Erfahrung in einem anderen System ja ein Kriterium sein, aber interne Bewerber per se ausschließen – das geht nicht.“ Ihre generellen Vorbehalte „gegen ein solches Maß an Selbständigkeit“ formulierte Regine Schwarzhoff vom Elternverein NRW. Sie sah erhebliche Probleme durch mangelnde Vergleichbarkeit von Schulen – nicht nur bei Umzügen der Kinder und Eltern. vok

Freie Theater nicht frei von Existenznöten

Abgeordnete beraten mit Betroffenen über neue Wege in der Förderung

Mit 36,5 Millionen Euro fördert das Land die Stadt- und Landestheater. Die freie Theater- und Tanzszene erhält mit 3,1 Millionen vergleichsweise wenig Unterstützung, obwohl sie ebenso viele Besucher anlockt wie die großen Häuser. Die Kunstschaffenden besprachen mit dem Kulturausschuss (Vorsitz Fritz Behrens, SPD), wie trotz dieser Ungleichheit in der Finanzierung dafür gesorgt werden kann, dass weiterhin ein vielfältiges Theaterangebot auf hohem Niveau in NRW bestehen bleibt.

Schauspiel, Oper, Musik-, Tanz- und Figurentheater, Performance, Straßentheater, und das alles jeweils für Kinder, Jugendliche und Erwachsene – die freie Theater- und Tanzszene zeichnet sich durch eine große Vielfalt aus und gewinnt Preise und Auszeichnungen bei Festivals im In- und Ausland. Allerdings hat sie auch mit vielen Problemen zu kämpfen. „Ich leite eine Gruppe ohne festes Haus, und daher müssen wir bei jeder der ein bis zwei Produktionen im Jahr die gesamte Infrastruktur neu aufbauen“, gewährte die Leiterin des Kölner Theaters 51Grad.com, Rosi Ulrich, den Abgeordneten Einblick in den Alltag.

Der Regisseur und künstlerischer Leiter des münsterschen Theaters „Freunde und Gaeste“, Zeha Schröder, hatte auch von Schwierigkeiten zu berichten. „Unser Hauptproblem ist, dass die Zuwendungen immer nur produktionsgebunden fließen. Wir müssen aber immer das Büro besetzen und unsere Homepage pflegen und geraten so in Existenznöte. Außerdem wird der Spielbetrieb ebenfalls nicht gefördert. Dadurch mussten wir schon größere Produktionen nach sechs bis acht Aufführungen einstellen, obwohl sie erfolgreich waren, da uns einfach das Geld ausging“, erklärte Schröder. Das münstersche Theater bestehe aus einem harten Kern von vier Personen und hatte im Jahr 2005 in 100 Vorstellungen 4.600 Zuschauer. Stolz ist

Schröder darauf, dass über die Hälfte des Etats aus eigenen Einnahmen erwirtschaftet wird.

Anfang des Jahres waren die freien Theaterleute aus NRW nach Berlin zu einem Symposium gereist, bei dem Aktive, Förderer und Politik gemeinsam zu dem Schluss kamen, dass das freie Theater für die Kulturlandschaft unverzichtbar ist. „Diesen Geist möchten wir in die Länderparlamente tragen. Deswegen sind wir an den Kulturausschuss heran getreten und haben sieben Thesen aufgestellt, wie man unsere Situation verbessern könnte“, so Joachim Brockstedt von der Kooperative der freien Theater in NRW. Eine Idee auf diesem Papier: Anstelle der kostspieligen Stadttheater sollte ein „Theater in der Stadt“ treten, unter dessen Dach nicht nur die freie Szene, sondern die gesamte Kulturlandschaft der Region eine Heimat finden könnte.

„Ein regionales Aufführungszentrum ist eine Forderung unseres grünen Programms zur Landtagswahl 2005 gewesen. Uns schwebte ein Ort vor, an dem Proberäume, Büros und auch ein Technik-Pool zur Verfügung stehen und man sich untereinander vernetzen kann“, stimmte Oliver Keymis (GRÜNE) diesem Punkt im Forderungskatalog zu. „Dafür sollten Mittel zur Verfügung gestellt werden.“

„Wir haben den Posten für die Förderung des Theaterwesens im Haushalt 2006 um 14 Prozent erhöht und damit eine halbe Million

Euro mehr ausgegeben, als die vorherige Regierung, weil wir das wichtig finden“, erklärte Professor Dr. Thomas Sternberg (CDU). „Diese Aufstockung haben wir erfolgreich gegen andere Bereiche verteidigt“, pflichtete Angela Freimuth (FDP) bei.

„Wir müssen grundsätzliche Strukturveränderungen erarbeiten, damit sich die Möglichkeiten für den europaweiten Austausch der Künstler verbessern“, forderte Bertram Müller, Direktor des Düsseldorfer Tanzhauses und damit Vertreter von 80 Dozenten aus über 40 Nationen. „Wir sind zu sehr in der gewohnten Praxis verhaftet“, stimmte ihm Claudia Nell-Paul (SPD) zu. „Wir müssen überlegen, wie wir neue Wege gehen können.“

„Ich sehe die Zukunft des Theaters nicht in den großen Dampfmaschinen, sondern in den kleinen Beibooten“, bekannte sich der Chef der Staatskanzlei und Staatssekretär für Kultur, Hans-Heinrich Große-Brockhoff, ausdrücklich zu den freien Theater- und Tanzensembles. „Allerdings hat es keinen Sinn, zwischen den Stadttheatern und der Szene Gegensätze zu konstruieren. Stattdessen sollten wir mit speziellen Förderprogrammen die Kooperation auf den Weg bringen.“ Zum Beispiel wäre denkbar, dass eine externe Gruppe mit einer Produktion Eingang in die regulären Spielpläne des Landestheaters fände. YV

In Sachen Barrierefreiheit ...

... konnte Angelika Gemkow (Bild), die Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, noch keinen Erfolg melden. Im Gespräch mit dem Sozialausschuss beklagte sie, dass bisher keine Kommunen die angestrebte Zielvereinbarung zur Barrierefreiheit – eine wesentliche Voraussetzung für die selbst bestimmte Teilhabe behinderter Menschen am öffentlichen, sozialen und kulturellen Leben – abgeschlossen habe. Im Rückblick auf die ersten 100 Tage ihrer Amtszeit lobte sie das leistungsfähige Unterstützungssystem, das in NRW aufgebaut worden sei, beklagte zugleich aber auch die „umfangreiche Bürokratie“. Das Motto in ihrem Amt laute „mit einander leben, von einander lernen“ Foto: Schälte



Vorfahrt für die Straße

Trotz Kritik: Experten begrüßen Verkehrskonzept grundsätzlich

Selbstbedienung – wer nachlesen wollte, was andere zum Thema meinen, konnte sich an der Reihe der ausliegenden Zuschriften entlang arbeiten

Foto: Schälte

Der Teufel steckt – wie so häufig – im Detail. Deutlich wurde dies auch bei der Anhörung im Verkehrsausschuss (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) zur Integrierten Gesamtverkehrsplanung NRW (IGVP). Das von Verkehrsminister Oliver Witke (CDU) vorgestellte Verkehrskonzept beinhaltet 241 Straßen- und 29 Schienenbauprojekte, die in NRW bis zum Jahr 2015 realisiert werden sollen. Kostenpunkt rund 1,5 Milliarden Euro. Ähnlich umfangreich wie die Zahl der Projekte waren auch die Einwendungen der Sachverständigen.

Grundsätzlich fand die Idee einer Integrierten Gesamtverkehrsplanung bei den Experten Zustimmung. Damit gelinge „erstmal eine einheitliche und ganzheitliche Betrachtung des Ausbaubedarfs der Verkehrsinfrastruktur in NRW“, fand Walter Reinartz vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Auch Reinhard Kämpfer, der für den Landkreistag NRW sowie den Städte- und Gemeindebund NRW sprach, begrüßte die Absicht grundlegend, „weil wir hierdurch wieder neue Entwicklungsperspektiven für Verkehrsinfrastrukturprojekte im Land erkennen“.

Auf weit weniger Zustimmung stieß jedoch das Verfahren zur Umsetzung dieser Grundidee in das eigentliche Verkehrskonzept. Namentlich die kommunalen Spitzenverbände beklagten

sich darüber, dass ihnen bei der Auswahl einzelner Verkehrsprojekte von Seiten des Ministeriums zu wenig Gehör geschenkt worden sei. Schuld hierfür sei nicht zuletzt das zeitlich äußerst knapp bemessene Beratungsverfahren gewesen. „Der kommunale Raum ist unglücklich darüber, dass er mangelhaft, partiell und mit unzumutbaren Argumentationsfristen beteiligt worden ist“, so Kämpfer. „Die so genannten regionalen Lenkungsreise erschienen uns eher als Alibigremien.“

Auch die dem Verfahren zugrunde liegende Methodik wurde von den Experten bemängelt. Professor Dr. Herbert Baum, Verkehrswissenschaftler der Universität Köln, nannte es einen „Fehler der Gutachter“, die Verkehrsprojekte auch einer Nutzwertanalyse unterzogen zu ha-

ben, statt sich auf eine „nachvollziehbare, objektive Nutzen-Kosten-Analyse“ zu beschränken. „Sie müssen nämlich sehen, dass in die Nutzwertanalyse im Grunde völlig subjektive, nicht messbare Bewertungen eingehen.“ Dem widersprachen die Gutachter: Der wissenschaftliche Beirat habe eindeutig eine Gewichtung zwischen der rein ökonomisch ausgerichteten Kosten-Nutzen-Analyse und der die Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft bewertenden Nutzwertanalyse festgelegt. Jedes Verkehrsprojekt habe beide Bewertungsverfahren durchlaufen müssen, um in die IGVP aufgenommen zu werden. „Wir hatten keine subjektiven Spielräume“, betonte Gutachter Dr. Christoph Walther.

Neben der methodischen sorgte auch die inhaltliche Ausrichtung für Beanstandungen. So äußerte sich der VDV-Sprecher besorgt darüber, dass es bei der künftigen Verkehrsplanung „für die Schiene alleine keinen prinzipiellen Vorrang mehr geben könne“. Auch Oliver Mietzsch vom Städtetag NRW sprach von einer Ungleichbehandlung zwischen Straße und Schiene. Diese sei zwar „zum Teil schon geheilt worden“, es würden jedoch immer noch „strengere Anforderungen“ für Schienen- als für Straßenprojekte formuliert. Professor Dr. Christian Holzrau (Universität Dortmund) kritisierte eine zu starke Ausrichtung der IGVP auf Neu- und Ausbauprojekte, statt zunächst die bestehende Infrastruktur „wieder auf einen funktionsfähigen Standard“ zu bringen. „Sie bauen ja auch keinen Wintergarten an Ihr Haus, wenn das Dach undicht ist.“

Viel Zeit widmeten die Sachverständigen auch rechtlichen Fragestellungen. So wurde ausführlich erörtert, inwiefern die in der IGVP formulierten Vorhaben im Widerspruch zum europäischen Umweltrecht stehen könnten. Hintergrund ist eine im Sommer in Kraft tretende EU-Richtlinie, nach der alle Vorhaben einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) unterzogen werden müssen, wenn der Landtag die IGVP bis dahin nicht verabschiedet haben sollte. Um bei der SUP-Pflicht Rechtssicherheit zu bekommen regte Rechtsprofessor Dr. Bernhard Stürmer an, den Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan in Gesetzesform zu erlassen: „Wenn Sie den Gesetzesantrag noch vor Ablauf der Umsetzungsfristen einbringen würden, dann hätten Sie im Grunde keine Rechtsprobleme mehr.“ Klaus Brunsmeier vom NABU NRW sprach sich dafür aus, die SUP-Pflicht nicht als Risiko, sondern als Chance zu betrachten: „Je früher und je besser man Umweltbelange berücksichtigt, desto schneller und rechtssicherer lässt sich Planung später verwirklichen.“

Eine abschließende Beratung des Landtags über das Konzept ist nicht erforderlich, da es um die Einvernehmensherstellung mit dem Ausschuss ging. So hatte der Ausschuss für Bauen und Verkehr dem Entwurf am 11. Mai bereits mit Mehrheitsbeschluss und gegen den Protest der Opposition zugestimmt.

ax

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 19. Juni 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Über die aktuelle Entwicklung auf dem Flughafen Düsseldorf informierte sich jetzt der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Dabei berichtete Dr. Rainer Schwarz, Vorsitzender der Flughafen-Geschäftsführung, dass die neue Betriebsgenehmigung dem Flughafen erhebliche Impulse gegeben habe. Die schon ansässigen Fluggesellschaften und neue Airlines machten von den gewonnenen Kapazitäten in hohem Maße Gebrauch und erweiterten das Streckennetz um attraktive Ziele. Der bundesweit drittgrößte Flughafen rechnet so in diesem Jahr mit einem Zuwachs von mehr als einer Million Passagieren bei einer Gesamtzahl von 16,7 Millionen. Dies bedeute auch zusätzliche Arbeitsplätze: 1.000 am Airport und weitere 2.000 in der Region. Die genauen Zahlen werde man Ende des Jahres dem Ausschuss präsentieren können. Für den Stadtflughafen Düsseldorf gelte der Grundsatz, einen Ausgleich zwischen den Verkehrsinteressen des Airports und dem Schutzbedürfnis der Anwohner zu finden.

+++

Einem Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen an nordrhein-westfälischen Schulen haben die Koalitionsfraktionen CDU und FDP jetzt im **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) nach langwierigen parlamentarischen Beratungen zugestimmt (Drs. 14/569). Den Einwand der beiden Oppositionsfraktionen, eine solche gesetzliche Regelung sei verfassungswidrig, wies die Koalition zurück. In den NRW-Entwurf seien Passagen des baden-württembergischen Kopftuchverbot-Gesetzes aufgenommen worden,

das vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin bestätigt worden sei. Endgültig verabschieden wird der Landtag das Gesetz voraussichtlich an den Plenartagen Ende Mai bzw. Anfang Juni, es sei denn, die Opposition beantragt eine 3. Lesung.

+++

Mit einer nachdrücklichen Warnung vor der Vernachlässigung des Impfschutzes hat sich das NRW-Gesundheitsministerium im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) an die Öffentlichkeit gewandt: Derzeit seien in NRW 1.069 Menschen an Masern erkrankt



Illustration: Peter Flock

(Stand Anfang Mai). Mit 296 Erkrankten bildet der Raum Duisburg den Schwerpunkt der hoch ansteckenden Viruserkrankung. In dieser Revierstadt sei die Impfquote schon seit Jahren weit unterdurchschnittlich. Nur wenn 95 Prozent aller Kinder zweimal geimpft würden, so die Ministeriumssprecherin, seien die oft schwerwiegenden Dauerschäden dieser keineswegs „harmlosen“ und zu Unrecht als „Kinder-Krankheit“ eingestuft Masern zu vermeiden und die Krankheit, wie von der Weltgesundheitsorganisation angestrebt, bis zum Jahr 2010 auszurotten. Darum sollten die Kinderärzte in ihren Praxen die Eltern verstärkt aufklären und für die Impfung ihrer Kinder werben.

Die strukturellen und organisatorischen Veränderungen bei Sonderbehörden und weiteren Einrichtungen des Landes beschäftigten jetzt den **Unterausschuss „Personal“** (Vorsitz Martin Börschel, SPD). Wie der Parlamentarische Staatssekretär Manfred Palmen (CDU) berichtete, seien auf der Grundlage von vier Kabinettsbeschlüssen umfangreiche Prüfaufträge an die Ministerien erteilt worden. So soll die Möglichkeit der Privatisierung staatlicher Aufgaben für rund 13.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geprüft werden. Die elf Versorgungsämter sollen aufgelöst werden; deren Aufgaben sollen künftig von den Kommunen wahrgenommen werden. In den Bezirksregierungen soll zudem überprüft werden, welche Aufgaben dort erledigt werden müssen. Rund 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 35 Sonderbehörden sollen zunächst in einem ersten Schritt in die Bezirksregierungen eingegliedert werden. Die Oppositionsfraktionen kritisierten, dass nach ihrer Auffassung die Beschäftigten verunsichert würden, weil der Eindruck erweckt werde, es seien bereits Entscheidungen gefallen, obwohl die in Auftrag gegebenen Prüfungen noch nicht durchgeführt worden seien.

+++

Die Kürzungen der finanziellen Unterstützung für die Regionalstellen Frau und Beruf in NRW um 20 Prozent werden keine Auswirkungen auf deren Struktur und Finanzausstattung haben. Das zumindest erklärte die Landesregierung jetzt in ihrem Bericht gegenüber dem **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU). Die Oppositionsfraktionen waren vor allem an der Herkunft der komplementären Mittel interessiert, welche die Arbeit der Regionalstellen gewährleisten. Die erste Hälfte des Jahres 2006 werde noch durch Landesmittel gestellt. Für das zweite Halbjahr stünden dann die Fördermittel des Europäischen Strukturfonds zu Verfügung. Dabei handele es sich allerdings um eine einmalige Angelegenheit, so die Staatssekretärin Dr. Marion Gierden-Jülich. Darüber hinaus versicherte sie noch einmal eindringlich, dass die bisherigen Mittel bis zum Jahresende bereit stünden. Konkrete Zahlen zur Finanzierung wurden allerdings nicht vorgelegt, würden aber auf Wunsch der Opposition nachgereicht.

Gedenken an einen Freund

Landtagspräsidentin würdigt Leben und Wirken von Paul Spiegel

Stehend lauschten die Landtagsabgeordneten der Gedenkrede der Präsidentin für Paul Spiegel (kleines Bild), der im Alter von 68 Jahren verstorben ist. Tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und seinen beiden Töchtern. Foto: Schälte

In einer ernsten und bewegenden Rede von Landtagspräsidentin Regina van Dinther hat zu Beginn seiner Sitzung am 3. Mai der versammelte Landtag von Paul Spiegel Abschied genommen und an seine Verdienste erinnert. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland war im Alter von 68 Jahren am 30. April nach schwerer Krankheit in Düsseldorf gestorben. Zu seinem Gedenken erhoben sich die Abgeordneten im Plenarsaal und die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Besuchertribüne von ihren Plätzen.

Heute nimmt der Landtag Abschied von Paul Spiegel, dem liebenswerten Menschen und der großen Persönlichkeit. Seine unverwechselbare Stimme wird uns fehlen. Wir erinnern uns in Dankbarkeit an seine Leistungen für unser Land und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Schalom, Paul Spiegel“. Mit diesen Worten endete die Rede der Präsidentin. Begonnen hatte sie mit der Feststellung, dass durch Spiegels Wirken für Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens eine Zukunft in Deutschland überhaupt wieder vorstellbar geworden sei.

„Die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für alle Mal vorbei“ – dass dieses zutiefst resignierende Wort von Leo Baeck, dem großen Rabbiner und Vater des deutschen Judentums, nach Weltkrieg und Holocaust nicht gestimmt habe, sei ganz entscheidend auch Paul Spiegel zu verdanken. „Trotz des Leids, das ihm und seiner eigenen Familie zugefügt wurde, hat er sich am Aufbau des anderen, des demokratischen Deutschlands beteiligt und unermüdlich für Versöhnung eingesetzt“, stellte die Präsidentin fest.

Der in Warendorf geborene Journalist, Leiter einer Künstler- und Medienagentur und langjährige Vorsitzende der Düsseldorfer Jüdischen Gemeinde habe mit Publikationen, zuletzt seinem einfühlsamen Buch „Was ist koscher?“, dazu beigetragen, Nichtjuden das jüdische Leben näher zu bringen. Er habe sich um die Integration der

russischen Zuwanderer in die inzwischen wieder über 100 jüdischen Gemeinden in Deutschland und die Wahrung der Interessen der Juden in unserem Land verdient gemacht.



Dadurch habe er die Annäherung zwischen unserem Land und Israel entscheidend gefördert. Freundschaft und Vertrauen zwischen beiden Völkern seien auch ein Verdienst des Brückenbauers Paul Spiegel. Er sei in seinem Amt als Präsident des Zentralrats zu einer moralischen Autorität geworden: „Dabei setzte er sich nicht nur für die Menschen jüdischen Glaubens ein. Ebenso stritt er beherzt für Minderheiten, für Menschen anderen Glaubens, insbesondere Muslime, für Benachteiligte und Schwache“.

Aber er sei auch stets ein Mahner vor Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber unserer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewesen. Nicht müde wurde er, für Toleranz und Freiheit zu werben. Gerade von jungen Leuten forderte er mehr Zivilcourage und geißelte Antisemitismus, Hass und Fremdenfeindlichkeit.

Zum Ende ihrer Abschiedsrede erinnerte Landtagspräsidentin Regina van Dinther an die vielen Termine, die Paul Spiegel im Landtag NRW wahrgenommen hat. Zuletzt habe er sich geduldig in die Warteschlange eingereiht, um sich in das Kondolenzbuch des Landtags einzutragen, in dem die Menschen von seinem verstorbenen Freund Johannes Rau Abschied nahmen. Die Präsidentin über Paul Spiegel: „Er war ein Freund Nordrhein-Westfalens, sein Rat war uns immer willkommen“.

Gern erinnere sie sich an das Lob, das Spiegel gegenüber diesem Parlament ausgesprochen hat, als die vier Fraktionen 2003 den gemeinsamen Antrag „Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen – mehr Wissen voneinander schafft mehr Vertrauen“ beschlossen hatten. Damals habe Spiegel an die Adresse der nordrhein-westfälischen Volksvertretung gesagt: „Nordrhein-Westfalen hat ein Zeichen gesetzt. Ich appelliere an alle anderen Landtage, Ähnliches zu versuchen. Ich bin stolz, ein Bürger dieses Landes zu sein“.

CDU

CDU: Ein gutes Jahr für NRW

Der Wahlsieg der CDU NRW bei der Landtagswahl vom 22. Mai 2005 liegt nun ein Jahr zurück. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Stahl, zog eine positive Bilanz dieser ersten Etappe: „Das war ein gutes Jahr für NRW. Die ersten Weichen für eine zukunftsweisende Politik sind gestellt. Unser Land verändert sich - und zwar zum Positiven.“ Bereits jetzt hätten CDU und FDP zahlreiche zukunftsweisende Veränderungen eingeleitet. „Wir haben Bildung zu einem Schwerpunkt unserer Politik gemacht und zum Beispiel den Gesetzentwurf zur Entwicklung des modernsten Schulsystems in Deutschland auf den Weg gebracht. Wir haben die Weichen für die Umstrukturierung der Hochschulpolitik und die Entrümpelung der Verwaltung gestellt. Wir bauen bürokratische Hürden ab und betreiben eine konsequente Haushaltskonsolidierung.“

Ein Jahr nach dem Regierungswechsel geben auch die Bürgerinnen und Bürger der neuen Landesregierung gute Noten für ihre Arbeit. Wären jetzt Landtagswahlen käme die CDU nach einer Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des WDR auf 43 Prozent, der SPD würden nur 34 Prozent der Befragten ihre Stimme geben. Für die FDP sprechen sich zehn Prozent aus, für die Grünen votieren sechs Prozent. Auf der Regierungsbank bliebe damit alles beim Alten: Mit 53 Prozent hätte Schwarz-Gelb die klare Mehrheit der Stimmen - und den Regierungsauftrag. ■



SPD

Trotz Steuermehreinnahmen ist 2006 kein Jahr der Kinder

Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat für Nordrhein-Westfalen 496 Millionen Euro an Steuermehreinnahmen für dieses Jahr errechnet. Das liegt erfreulicherweise noch deutlich über der Summe, die die SPD-Landtagsfraktion bereits im April als Steuerplus für 2006 bewusst vorsichtig einkalkuliert hatte. Trotz alledem hat die schwarz-gelbe Regierungskoalition den Landeshaushalt beschlossen und die Rotstiftpolitik gegen Kinder, Familien, Frauen und soziale Netze nicht korrigiert. Ministerpräsident Rüttgers und Finanzminister Linssen weigerten sich, 2006 doch noch zum Jahr der Kinder zu machen. Damit sind die Kleinsten die größten Verlierer. Und das, obwohl auch der Protest der Bürgerinnen und Bürger ständig zunimmt. Zwei Volksinitiativen haben in den vergangenen Wochen über 500.000 Unterschriften gegen die schwarz-gelben Kürzungspläne bei Kindern, Jugendlichen und Familien gesammelt. Das Alternativkonzept der SPD-Fraktion für den Haushalt 2006 sah neben der Korrektur der unsozialen Kürzungspläne etwa beim Landesjugendplan, den Kindergärten, Krankenhäusern, Frauenpolitik oder den Studentenwerken auch die Finanzierung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres und den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen vor. Die SPD steht weiterhin für eine Finanzpolitik gegen soziale Kälte und für Vorfahrt für Kinder. ■

GRÜNE

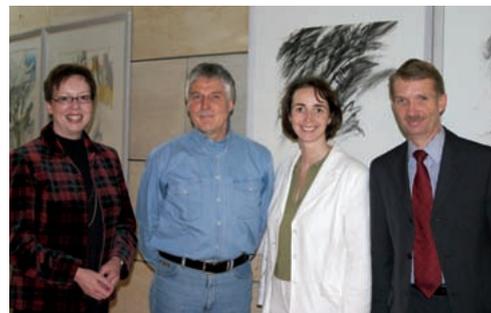
GRÜNE: Zukunftsfähige Arbeitsplätze und gesunde Ernährung



Die GRÜNE-Fraktion hat sich in dieser Woche in einer externen Fraktionssitzung in Coesfeld ein handfestes Bild vom Bio-Boom gemacht. Bei einer Betriebsbesichtigung der Firma Weiling (Naturkost) hat nicht nur die pralle Vielfalt an Bioprodukten begeistert, die von Hamburg bis Darmstadt vertrieben werden, sondern vor allem die Zuwachsraten in der Bio-Branche. So meldet die Branche mindestens 150.000 Arbeitsplätze in Deutschland – Tendenz steigend. Sorgen macht der grünen Fraktion die ablehnende Haltung der schwarz-gelben Landesregierung, die sich nach wie vor lieber um Lobbyarbeit für die Agrarindustrie kümmert als um die enormen Potenziale für zukunftsfähige Arbeitsplätze und gesunde Ernährung der Menschen in NRW durch Biolandwirtschaft. Während die Zuwachsraten im zweistelligen Bereich eine deutliche Sprache sprechen, ist NRW bereits auf den Import biologisch erzeugter Lebensmittel angewiesen. ■

FDP

Fragmente“ lautet der Titel einer Ausstellung des Künstlers Wulf Schomer aus Hille, die bis zum 30. Juni vor den Räumen der FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag besucht werden kann. Schomer ist



der zweite Künstler in diesem Jahr, der im Rahmen einer Ausstellungsreihe der FDP seine Werke präsentiert. Die gezeigten Grafiken und Malereien aus 20 Jahren Schaffensphase des Kunstprofessors beruhen vornehmlich auf Erfahrungen und Erlebnissen bei Reisen zum Eismeer, insbesondere zur Insel Jan Mayen, die zwischen Grönland und Island liegt. Die Bilder sind keine realistischen Wiedergaben des Gesehenen, sondern Umsetzungen. Denn Schomer hat in seinen Werken das Erlebte verarbeitet und gleichzeitig das Instrumentarium der ästhetischen Darstellung angewandt. Die Zeichnungen, Aquarelle und Tempera sind größtenteils vor Ort entstanden und reflektieren die unmittelbare Konfrontation mit den Motiven des Verfalls. Bei der Vernissage Anfang Mai konnten der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Gerhard Papke, sowie Vizepräsidentin Angela Freimuth neben vielen Kunstinteressierten auch die Regierungspräsidentin aus Detmold, Marianne Thomann-Stahl, begrüßen. Angela Freimuth, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, führte die Besucher in die Werke des Künstlers ein. Im Anschluss an die Veranstaltung gab es die Möglichkeit zu weiterführenden persönlichen Gesprächen mit Kunstprofessor Schomer. ■

Porträt der Woche: Marc Jan Eumann (SPD)

Wenn Marc Jan Eumann Touristen zeigen will, was gelungener Strukturwandel in einer Großstadt wie Köln bedeutet, dann geht er mit ihnen in Mülheim, dem Stadtteil, in dem aufgewachsen ist und heute noch lebt, in die Schanzenstraße. Auf dem riesigen Fabrikgelände arbeiteten noch in den 60-er und 70-er Jahren bis zu 15.000 Menschen bei Felten&Guillaume und produzierten Überseekabel für die weltweite Kommunikation. In die alten Hallen ist eine andere Art von Kommunikationsindustrie eingezogen: Harald Schmidt, Anke Engelke und Stefan Raab produzieren hier ihre Sendungen. Werbestudios, TV-Produktionsfirmen und Unternehmen der Kommunikationstechnologie haben gut 5.000 moderne Arbeitsplätze geschaffen.

Eumann ist zwar vor 40 Jahren in Hamburg geboren, aber mittlerweile Kölner durch und durch, obwohl man ihm das nicht anhört und er auch gestehen muss, dass er lieber Riesling aus der Pfalz als Kölsch trinkt.

In Köln-Mülheim ist er zur Schule gegangen, hat eine Schülerzeitung gegründet und sich als Klassen- und Schulsprecher engagiert. Der Weg zu den Jungsozialisten war da nicht weit: „Ich war immer links von der Mitte, Menschenrechte, Ökologie, die Rechte von Minderheiten waren damals die Themen, die uns umtrieben.“ Als Student der Geschichte und des Völkerrechts in Bonn entschied er sich, in die SPD einzutreten und machte gleich mit im Bundestagswahlkampf 1986/87, als der damalige NRW-Ministerpräsident Johannes Rau vergeblich nach einer eigenen Mehrheit für sich als Bundeskanzler strebte.

Seinen Traumberuf verfehlte Eumann knapp. Als Student hatte er häufig für Radio und Zeitungen gearbeitet und Journalist wäre er auch gerne geworden. Aber der damalige Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger war schneller. Nach der Kommunalwahl 1989 fragte er den frisch gebackenen Magister, ob er nicht für ihn Reden schreiben wollte, als Referent für publizistische Aktivitäten im Büro des Oberbürgermeisters. Eumann sagte Ja, und so wurde er, was er sich als Juso und Student nie hatte vorstellen können: Angestellter im Öffentlichen Dienst.

Zwei Jahre hielt es den noch immer jungen Redenschreiber im Kölner Rathaus, dann bewarb er sich auf ein Stellenangebot des NRW-Arbeitsministeriums als Referent für politische Analysen und Kommunikation. Sein größtes Einstellungshindernis war seine rheinische Herkunft, denn der damalige Ressortchef, der knorrige Westfale Hermann Heinemann aus Dortmund, stand den Rheinländern äußerst misstrauisch gegenüber.

1993 wurde der damals 27-Jährige erstmals in den Vorstand der Kölner SPD gewählt, heute, mit 40 Jahren ist er bereits das dienstälteste Mitglied im Führungsgremium der noch vor wenigen Jahren von Skandalen erschütterten Partei in der Domstadt. Ein Jahr später setzte Eumann zum nächsten Karrieresprung an: Der Landtagswahlkreis im rechtsrheinischen Köln war frei und obwohl nach dem internen Proporz eigentlich ein rechter Sozialdemokrat in dem traditionell roten Wahlkreis hätte aufgestellt werden müssen, trat der Linke Eumann an und gewann. Seit elf Jahren sitzt er jetzt im Düsseldorfer Landtag und weil bei der letzten

Wahl Leverkusen an die CDU fiel, muss er sich jetzt auch um die Genossen in der Chemiestadt kümmern.

In der SPD-Landtagsfraktion wurde er zunächst zum medienpolitischen Sprecher bestimmt, seit 2000 auch als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. In der Opposition ist er jetzt zuständig für alles, was mit Wirtschaft, Wissenschaft, Innovation, Kultur und Medien zu tun hat.

Wenn es schon mit dem Traumberuf Journalist nicht geklappt hat, so hat Eumann wenigstens seinen politischen Traum verwirklicht: Er ist frei gewählter Abgeordneter. Einen Wechsel in den Bundestag oder ins Europaparlament kann er sich nicht vorstellen, er will Beruf und Familie vereinbaren und das sind seine Frau und seine drei Töchter. Als an ihn die Frage gerichtet wurde, ob er eventuell für ein Mandat in Berlin zur Verfügung stehe, gab ihm seine Frau klipp und klar zu verstehen: „Wenn du geschiedener Bundestagsabgeordneter sein willst, dann geh.“ Eumann blieb.

Autor:
Peter Jansen



Zu Gast bei fernen Freunden

Stilsicher und erfolgreich hat sich der FC Landtag NRW in den vergangenen Jahren auf internationalem Parkett bewegt. Voller Zuversicht reiste er deshalb nach Kuba. (Auch diesmal der Hinweis: Die Reisen des FCL werden von jedem Einzelnen aus eigener Tasche bezahlt).

Sportlicher Höhepunkt war das Match gegen die kubanische Mannschaft. Begleitet vom ohrenbetäubenden Lärm der Fans betrat der FCL bei nahezu 30 Grad den Rasen mit diesem Team: Heinrich Kemper, Bernhard Tenhumberg, Oskar Burkert, Norbert, David und Wolfgang Euteneuer, Werner Lohn, Günter Langen (Spielführer, Präsident), Florian Kern, Willi Nowack, Norbert Stiens, Werner Mayer, Holger Müller, Jürgen Coße, Jan Söffing, Werner Sesterhenn, Dirk Schüttrumpf und Wolfgang Hüskens. Hinzu kamen Manager Olaf Lehne, Trainerassistent Walter Kern, Beobachter Bodo Wißen und Theo Peschkes sowie Talententdecker Ulrich Holschbach. Schon in den ersten Minuten ließ die kubanische Traditionself

mit ihren sechs ehemaligen und einem aktiven Nationalspieler die Kugel gekonnt laufen. Trotz verstärkter Abwehr und zweier großartiger Paraden von Torhüter Kemper war der Rückstand in der zwölften Minute nicht zu verhindern. Youngster Kern war es, der in der 22. Minute den viel umjubelten Ausgleichstreffer erzielte. Ein Tor, wie das von „Emma“ bei der WM 1966 gegen Spanien.

Bald nach Wiederanpfiff gingen die Kubaner erneut in Führung. Der FCL drängte auf den Ausgleich und fing sich einen erbarmungslosen Konter ein. Jetzt machten sich auch erste Konditionsschwächen bemerkbar. Das nutzten die Kubaner zu weiteren Treffern aus: 1:5 hieß es am Ende. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Telefon (0211) 884-2304, 884-2545 und 884-2309, Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 3. Juni bis 21. Juni 2006

3.6.	Thomas Stotko (SPD)	40
4.6.	Christof Rasche (FDP)	44
5.6.	Rudolf Henke (CDU)	52
8.6.	Rita Klöpffer (CDU)	62
11.6.	Hubertus Fehring (CDU)	56
11.6.	Jürgen Hollstein (CDU)	44
12.6.	Hans-Dieter Clauser (CDU)	56
12.6.	Hannelore Kraft (SPD)	45
12.6.	Thomas Kutschaty (SPD)	38
13.6.	André Stinka (SPD)	41
16.6.	Norbert Post (CDU)	54
18.6.	Bernhard Recker (CDU)	67
21.6.	Dr. Helmut Linssen (CDU)	64

Ingeborg Friebe (SPD), Landtagsabgeordnete von 1975 bis 1995 und Landtagspräsidentin von 1990 bis 1995, hat vor kurzem das 75. Lebensjahr vollendet. Die gebürtige Braunschweigerin begann ihre berufliche Laufbahn als Telefonistin und Sachbearbeiterin, war Schulsekretärin, bevor sie 1969 Stadtverordnete der Stadt Monheim und 1976 Bürgermeisterin von Monheim wurde – ein Amt, das sie 21 Jahre ausübte.

John van Nes Ziegler (SPD), Landtagsabgeordneter von 1953 bis 1954 und von 1958 bis 1985 sowie Präsident des Landtags NRW von 1966 bis 1970 sowie von 1980 bis 1985, ist vor wenigen Tagen 85 Jahre alt geworden. Der gebürtige Kölner hat sich in seiner Heimatstadt politisch stark engagiert: Ab 1956 als Mitglied des Rates, von 1961 bis 1966 als Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Von 1973 bis 1980 war er Oberbürgermeister der Stadt Köln, die ihn 1991 zu ihrem Ehrenbürger ernannt hat.

Gerhard Eyckers, von 1948 bis 1983 im Landtag Leiter des Referats „Bibliothek, Informationsdienste, Archiv“ (heute: Informationsdienste) hat das 85. Lebensjahr vollendet. Als „Mann der ersten Stunde“ baute er ein gemeinsames Informationssystem der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder auf. Dafür erhielt er das Bundesverdienstkreuz.

Helmut König, langjähriger Leiter der Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege, ist Mitte Mai im Alter von 70 Jahren gestorben.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 22. Juni 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Stunde der Wahrheit...

... im Düsseldorfer Paul Janes-Stadion: Nach der Wimpelübergabe durch FCL-Spielführer Günter Langen (L.) an Hennes Löhr, Alt-Internationaler vom 1. FC Köln, ging es auf dem Rasen zur Sache. Unter den wachsamen Augen von Schiedsrichterlegende Walter Eschweiler (M.) entwickelte sich ein munteres Match, bei dem die Fußballer des Landtags gehörig Respekt vor dem Können der Altinternationalen, darunter Thomas Allofs, Kalle del Haye und Uwe Rahn, zeigten. Allerdings blieb die Zahl der Tore, die ins Tor des FCL rauschten, einstellig. Wie man aus der sportlichen Niederlage dennoch einen Gewinn machen kann, dieses (in der Politik immer wieder gern vorgeführte) Kunststück gelang dem als Stürmer eingesetzten Vizepräsidenten Dr. Michael Vesper: Er rechnete am Ende vor, dass die Tore von waschechten Amateuren gegen ausgebuffte Ex-Profis fünfmal zählten. Darum habe der FCL in Wahrheit das Spiel gewonnen, und zwar mit 10:9 Foto: Schälte